

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2019/200141]

11. DEZEMBER 2018 — Programmdekret 2018 (II)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — *PERSONENBEZOGENE ANGELEGENHEITEN*

Abschnitt 1 — Gesundheit

Artikel 1 - Artikel 36*duodécies* des koordinierten Gesetzes vom 14. Juli 1994 über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung, eingefügt durch das Gesetz vom 24. Juli 2008, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "Der König kann durch einen im Ministerrat beratenen Erlass" durch die Wortfolge "Die Regierung kann" ersetzt.

2. Absatz 2 wird aufgehoben.

3. In Absatz 3 wird die Wortfolge "Der König legt durch einen im Ministerrat beratenen Erlass" durch die Wortfolge "Die Regierung legt" ersetzt.

Art. 2 - In Artikel 37 § 20 werden die Absätze 2 und 3 desselben koordinierten Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 22. Dezember 2008, aufgehoben.

Art. 3 - Artikel 3 des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention wird wie folgt abgeändert:

1. Die Absätze 1 und 2 werden zu § 1 Absätze 1 und 2.

2. Folgender § 2 wird eingefügt:

"§ 2 - Die Bezuschussung und Aufgabenbeschreibung kann im Rahmen eines Geschäftsführungsvertrags gemäß Artikel 105 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zwischen den in Paragraph 1 erwähnten Einrichtungen und Organisationen und der Regierung festgelegt werden."

Art. 4 - Artikel 3 § 2 des Dekrets vom 4. Juni 2007 über den nicht dringenden Krankentransport wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 7 Satz 1 wird nach der Wortfolge "vom Patienten verlangt werden können" die Wortfolge ", sowie die Modalitäten zur Erteilung von Informationen über die Rückerstattungsmöglichkeiten der Transportkosten" eingefügt.

2. In Nummer 9 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

3. Folgende Nummer 10 wird eingefügt:

"10. Die Modalitäten zum internen Beschwerdemanagement."

Art. 5 - Der Königliche Erlass vom 31. August 2009 über die Beteiligung der Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung zur Unterstützung der Raucherentwöhnung wird aufgehoben.

Abschnitt 2 — Familie

Art. 6 - Artikel 5 § 3 des Dekrets vom 17. November 2008 zur Schaffung eines Beirates für Familien- und Generationsfragen wird wie folgt ersetzt:

"§ 3 - Auf Vorschlag des Beirates bestellt die Regierung innerhalb des Beirates einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten für eine Mandatsdauer von vier Jahren."

Art. 7 - In das Dekret vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung, abgeändert durch die Dekrete vom 2. März 2015 und 26. Februar 2018, wird folgendes Kapitel 5.2, das den Artikel 16.5 umfasst, eingefügt:

"KAPITEL 5.2 — *STEUERERMÄSSIGUNG FÜR BETREUUNGSKOSTEN*

Art. 16.5 - Bescheinigung zur Steuerermäßigung

Im Hinblick auf die Gewährung der Steuerermäßigung für die Betreuung von Kindern gemäß Artikel 145/35 des Einkommensteuergesetzbuches und die Ausstellung einer entsprechenden Bescheinigung zugunsten der betreffenden Steuerpflichtigen durch die Regierung erfüllen die in Absatz 2 Nummer 3 desselben Artikels erwähnten Anbieter die folgenden Mindestbedingungen:

1. der Anbieter hat seinen Sitz im deutschen Sprachgebiet;

2. die Mindstdauer des durch den Anbieter zur Verfügung gestellten Betreuungsangebotes beträgt drei aufeinanderfolgende Tage und täglich mindestens fünf Stunden;

3. der Anbieter stellt eine den Bedürfnissen der Kinder angepasste Infrastruktur, die die Bewegungsfreiheit, die Sicherheit und die Hygiene der Kinder gewährleistet, zur Verfügung;

4. der Anbieter stellt einen Ruhebereich für Kinder zwischen drei und fünf Jahren zur Verfügung;

5. der Anbieter stellt einen Erste-Hilfe-Kasten in unmittelbarer Nähe des Betreuungsortes zur Verfügung;

6. die bei dem Anbieter beschäftigten volljährigen Betreuer:

a) haben keinen Eintrag im Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches, der ihnen u. a. die Betreuung von Minderjährigen untersagt, und übermitteln dem Anbieter den entsprechenden Auszug aus dem Strafregister (Muster 2);

b) verfügen über eine pädagogische Ausbildung, eine Ausbildung zum ehrenamtlichen Jugendleiter, eine durch die Regierung gleichgestellte Ausbildung oder eine praktische Erfahrung von mindestens fünf Jahren in einem pädagogischen Bereich oder im Bereich der Kinderanimation.

Der Anbieter reicht die Belege, anhand derer die Einhaltung der in Absatz 1 aufgeführten Mindestbedingungen nachgewiesen wird, bei der Regierung ein.

Die in Absatz 1 aufgeführten Mindestbedingungen gelten unbeschadet weiterer dekretal festgelegter Bedingungen."

Art. 8 - In Artikel 27 Absatz 1 des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen wird die Angabe "6" durch die Angabe "7" ersetzt.

Art. 9 - Artikel 116 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Wenn die Einführung von Artikel 28 zur Bestimmung eines anderen Empfängers führen würde als diejenige Person, die das Kindergeld für Dezember 2018 erhält, bleibt die letztgenannte Person der Empfänger, bis eines der folgenden Ereignisse eintritt:

1. für eines der Kinder, für die die letztgenannte Person das Kindergeld erhält, wird kein Kindergeld mehr gezahlt;
2. für ein weiteres Kind wird Kindergeld an die letztgenannte Person gezahlt;
3. der gemäß Artikel 28 bestimmte Empfänger beantragt, das Kindergeld zu erhalten."

Art. 10 - In Abschnitt 2 desselben Dekrets wird folgender Artikel 117.1 eingefügt:

"Art. 117.1 - Übergangsbestimmung

Der Differenzbetrag zwischen der in Artikel 30 erwähnten Geburtsprämie und der in Artikel 73bis § 1 Absatz 3 Nummer 1 des Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes vom 19. Dezember 1939 erwähnten Geburtsbeihilfe ist für Kinder, die nach dem 31. Dezember 2018 geboren wurden, definitiv durch den Empfänger erworben, wenn er die Geburtsbeihilfe aufgrund von Artikel 73bis § 2 desselben Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes rechtmäßig erhalten hat."

Art. 11 - Der Königliche Erlass vom 20. Juli 2006 über die Erhöhung der in den Artikeln 44 und 44bis der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger erwähnten altersbedingten Zuschläge wird aufgehoben.

Abschnitt 3 — Soziales

Art. 12 - Artikel 7 § 1 Nummer 8 des Dekrets vom 5. Mai 2014 zur Anerkennung und Förderung von sozialen Treffpunkten wird wie folgt ersetzt:

"8. sicherstellen, dass die Zugänglichkeit der Angebote für Personen mit Beeinträchtigung im Erdgeschoss des Gebäudes gewährleistet ist;"

Art. 13 - Artikel 7 Absatz 1 Nummer 2 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben wird wie folgt abgeändert:

1. Das Semikolon am Ende des Satzes wird durch einen Punkt ersetzt.
2. Folgender Satz wird eingefügt:

"Zur Durchführung der individuellen Bedarfsermittlung wird mindestens der BelRAI Screener angewandt."

Art. 14 - In Artikel 14 desselben Dekrets wird folgender Paragraph 3 eingefügt:

"§ 3 - Unbeschadet der Paragraphen 1 und 2 kann die Regierung die Dienststelle ermächtigen, unter den von der Regierung festgelegten Bedingungen und Modalitäten die Gehälter des Personals der anerkannten Dienstleister auszus zahlen."

Art. 15 - Artikel 16 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird zwischen das Wort "Dienststelle" und das Wort "die" die Wortfolge "in Anwendung des BelRAI Screeners" eingefügt.

2. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

"Unbeschadet des Absatzes 1 bestimmt die Regierung das zur Zuweisung der Pflegekategorie zu verwendende Bewertungsverfahren."

Art. 16 - In Artikel 39 desselben Dekrets wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"Die Dienststelle schafft, validiert, sichert und pflegt eine Datenbank der Personen, die die in Artikel 7 und 16 genannten Aufgaben wahrnehmen."

Art. 17 - Artikel 45 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 9 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
2. Folgende Nummer 10 wird eingefügt:

"10. folgende Daten in Bezug auf die anerkannten Dienstleister und ihre Personalmitglieder:

a) Daten zur Identität der Personalmitglieder des jeweiligen Dienstleisters;

b) Daten zur beruflichen Situation und zur beruflichen Qualifikation der Personalmitglieder des jeweiligen Dienstleisters."

KAPITEL 2 — KULTURELLE ANGELEGENHEITEN

Abschnitt 1 — Kultur

Art. 18 - In Artikel 9 Absatz 2 des Dekrets vom 7. Mai 2007 über die Förderung der Museen sowie der Veröffentlichungen im Bereich des Kulturerbes, ersetzt durch das Dekret vom 24. Februar 2014, wird die Angabe "31. März" durch die Angabe "30. Juni" ersetzt.

Art. 19 - Artikel 16 des Dekrets vom 18. November 2013 zur Förderung von Kultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. § 2 wird wie folgt ersetzt:

"§ 2 - Als Kulturveranstalter förderfähig sind Antragsteller, wenn sie zusätzlich zu § 1 die folgenden quantitativen Kriterien erfüllen:

a) für die Kategorie 10: kulturelle Aktivitäten an mindestens 10 Tagen pro Jahr im deutschen Sprachgebiet organisieren, an denen mindestens 2.500 Besucher teilnehmen;

b) für die Kategorie 9: kulturelle Aktivitäten an mindestens 14 Tagen pro Jahr im deutschen Sprachgebiet organisieren, an denen mindestens 3.250 Besucher teilnehmen;

c) für die Kategorie 8: kulturelle Aktivitäten an mindestens 18 Tagen pro Jahr im deutschen Sprachgebiet organisieren, an denen mindestens 4.000 Besucher teilnehmen;

d) für die Kategorie 7: kulturelle Aktivitäten an mindestens 22 Tagen pro Jahr im deutschen Sprachgebiet organisieren, an denen mindestens 5.000 Besucher teilnehmen;

e) für die Kategorie 6: kulturelle Aktivitäten an mindestens 26 Tagen pro Jahr im deutschen Sprachgebiet organisieren, an denen mindestens 6.000 Besucher teilnehmen;

f) für die Kategorie 5: kulturelle Aktivitäten an mindestens 30 Tagen pro Jahr im deutschen Sprachgebiet organisieren, an denen mindestens 8.000 Besucher teilnehmen.

g) für die Kategorie 4: kulturelle Aktivitäten an mindestens 34 Tagen pro Jahr im deutschen Sprachgebiet organisieren, an denen mindestens 10.000 Besucher teilnehmen;

h) für die Kategorie 3: kulturelle Aktivitäten an mindestens 38 Tagen pro Jahr im deutschen Sprachgebiet organisieren, an denen mindestens 11.666 Besucher teilnehmen;

i) für die Kategorie 2: kulturelle Aktivitäten an mindestens 42 Tagen pro Jahr im deutschen Sprachgebiet organisieren, an denen mindestens 13.332 Besucher teilnehmen;

j) für die Kategorie 1: kulturelle Aktivitäten an mindestens 46 Tagen pro Jahr im deutschen Sprachgebiet organisieren, an denen mindestens 15.000 Besucher teilnehmen."

2. § 3 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

"Für weitere Zuordnungen zu Kategorien in späteren Förderzeiträumen wird bei den quantitativen Zuordnungskriterien der Durchschnitt der fünf letzten Kalenderjahre berücksichtigt, die dem Jahr der Antragstellung vorausgehen."

3. In § 3 Absatz 3 wird zwischen die Wörter "Kulturveranstalter" und "wird" die Wortfolge "oder für geförderte Kulturveranstalter, die noch keine fünf Jahre lang gefördert worden sind," eingefügt.

Art. 20 - Artikel 17 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. § 2 wird wie folgt ersetzt:

"§ 2 - Die jährliche Förderung von Kulturveranstaltern besteht aus einem pauschalen Grundzuschuss:

a) 120.000 Euro für Kulturveranstalter der Kategorie 10;

b) 140.000 Euro für Kulturveranstalter der Kategorie 9;

c) 160.000 Euro für Kulturveranstalter der Kategorie 8;

d) 180.000 Euro für Kulturveranstalter der Kategorie 7;

e) 200.000 Euro für Kulturveranstalter der Kategorie 6;

f) 220.000 Euro für Kulturveranstalter der Kategorie 5;

g) 240.000 Euro für Kulturveranstalter der Kategorie 4;

h) 260.000 Euro für Kulturveranstalter der Kategorie 3;

i) 280.000 Euro für Kulturveranstalter der Kategorie 2;

j) 300.000 Euro für Kulturveranstalter der Kategorie 1.

Einem Kulturveranstalter kann eine jährliche modulare Personalpauschale für die Kulturarbeit in Höhe von 21.250 Euro pro Vollzeitäquivalent gewährt werden:

a) für Kulturveranstalter der Kategorie 10: höchstens 2,00 Vollzeitäquivalent Personal;

b) für Kulturveranstalter der Kategorie 9: höchstens 3,00 Vollzeitäquivalent Personal;

c) für Kulturveranstalter der Kategorie 8: höchstens 4,00 Vollzeitäquivalent Personal;

d) für Kulturveranstalter der Kategorie 7: höchstens 4,80 Vollzeitäquivalent Personal;

e) für Kulturveranstalter der Kategorie 6: höchstens 5,60 Vollzeitäquivalent Personal;

f) für Kulturveranstalter der Kategorie 5: höchstens 6,40 Vollzeitäquivalent Personal;

g) für Kulturveranstalter der Kategorie 4: höchstens 7,20 Vollzeitäquivalent Personal;

h) für Kulturveranstalter der Kategorie 3: höchstens 8,00 Vollzeitäquivalent Personal;

i) für Kulturveranstalter der Kategorie 2: höchstens 8,80 Vollzeitäquivalent Personal;

j) für Kulturveranstalter der Kategorie 1: höchstens 9,60 Vollzeitäquivalent Personal."

2. Die §§ 3, 4 und 5 werden aufgehoben.

Art. 21 - Artikel 18 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. § 2 wird wie folgt ersetzt:

" § 2 - Förderfähig sind in der Kunstsparte Theater tätige Antragsteller, wenn sie zusätzlich zu § 1 die folgenden quantitativen Kriterien erfüllen:

- a) für die Kategorie 5: jährlich mindestens 30 kulturelle Aktivitäten absolvieren;
- b) für die Kategorie 4: jährlich mindestens 45 kulturelle Aktivitäten absolvieren;
- c) für die Kategorie 3: jährlich mindestens 60 kulturelle Aktivitäten absolvieren;
- d) für die Kategorie 2: jährlich mindestens 90 kulturelle Aktivitäten absolvieren;
- e) für die Kategorie 1: jährlich mindestens 120 kulturelle Aktivitäten absolvieren."

2. § 3 wird wie folgt ersetzt:

" § 3 - Förderfähig sind in der Kunstsparte Tanz tätige Antragsteller, wenn sie zusätzlich zu § 1 die folgenden quantitativen Kriterien erfüllen:

- a) für die Kategorie 5: jährlich mindestens 20 kulturelle Aktivitäten absolvieren;
- b) für die Kategorie 4: jährlich mindestens 27,5 kulturelle Aktivitäten absolvieren;
- c) für die Kategorie 3: jährlich mindestens 35 kulturelle Aktivitäten absolvieren;
- d) für die Kategorie 2: jährlich mindestens 57,5 kulturelle Aktivitäten absolvieren;
- e) für die Kategorie 1: jährlich mindestens 80 kulturelle Aktivitäten absolvieren."

3. § 4 wird wie folgt ersetzt:

" § 4 - Förderfähig sind in der Kunstsparte Literatur tätige Antragsteller, wenn sie zusätzlich zu § 1 die folgenden quantitativen Kriterien erfüllen:

- a) für die Kategorie 5: jährlich mindestens 10 kulturelle Aktivitäten absolvieren;
- b) für die Kategorie 4: jährlich mindestens 15 kulturelle Aktivitäten absolvieren;
- c) für die Kategorie 3: jährlich mindestens 20 kulturelle Aktivitäten absolvieren;
- d) für die Kategorie 2: jährlich mindestens 25 kulturelle Aktivitäten absolvieren;
- e) für die Kategorie 1: jährlich mindestens 30 kulturelle Aktivitäten absolvieren."

4. § 5 wird wie folgt ersetzt:

" § 5 - Förderfähig sind in der Kunstsparte Musik tätige Antragsteller, wenn sie zusätzlich zu § 1 die folgenden quantitativen Kriterien erfüllen:

- a) für die Kategorie 5: jährlich mindestens 30 kulturelle Aktivitäten absolvieren;
- b) für die Kategorie 4: jährlich mindestens 45 kulturelle Aktivitäten absolvieren;
- c) für die Kategorie 3: jährlich mindestens 60 kulturelle Aktivitäten absolvieren;
- d) für die Kategorie 2: jährlich mindestens 90 kulturelle Aktivitäten absolvieren;
- e) für die Kategorie 1: jährlich mindestens 120 kulturelle Aktivitäten absolvieren."

5. § 6 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

"Für weitere Zuordnungen zu Kategorien in späteren Förderzeiträumen wird bei den quantitativen Zuordnungskriterien der Durchschnitt der fünf letzten Kalenderjahre berücksichtigt, die dem Jahr der Antragstellung vorausgehen."

6. In § 6 Absatz 3 wird zwischen die Wörter "Kulturproduzenten" und "wird" die Wortfolge "oder für geförderte Kulturproduzenten, die noch keine fünf Jahre lang gefördert worden sind," eingefügt.

Art. 22 - Artikel 19 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. § 2 wird wie folgt ersetzt:

" § 2 - Die jährliche Förderung der Kulturproduzenten der Kunstsparte Theater besteht aus einer Grundpauschale von:

- a) 150.000 Euro für Kulturproduzenten der Kategorie 5;
- b) 202.500 Euro für Kulturproduzenten der Kategorie 4;
- c) 255.000 Euro für Kulturproduzenten der Kategorie 3;
- d) 307.500 Euro für Kulturproduzenten der Kategorie 2;
- e) 360.000 Euro für Kulturproduzenten der Kategorie 1."

2. § 3 wird wie folgt ersetzt:

" § 3 - Die jährliche Förderung der Kulturproduzenten der Kunstsparte Tanz besteht aus einer Grundpauschale von:

- a) 100.000 Euro für Kulturproduzenten der Kategorie 5;
- b) 135.000 Euro für Kulturproduzenten der Kategorie 4;
- c) 170.000 Euro für Kulturproduzenten der Kategorie 3;
- d) 205.000 Euro für Kulturproduzenten der Kategorie 2;
- e) 240.000 Euro für Kulturproduzenten der Kategorie 1."

3. § 4 wird wie folgt ersetzt:

“§ 4 - Die jährliche Förderung der Kulturproduzenten der Kunstsparte Literatur besteht aus einer Grundpauschale von:

- a) 50.000 Euro für Kulturproduzenten der Kategorie 5;
- b) 62.500 Euro für Kulturproduzenten der Kategorie 4;
- c) 75.000 Euro für Kulturproduzenten der Kategorie 3;
- d) 87.500 Euro für Kulturproduzenten der Kategorie 2;
- e) 100.000 Euro für Kulturproduzenten der Kategorie 1.”

4. § 5 wird wie folgt ersetzt:

“§ 5 - Die jährliche Förderung der Kulturproduzenten der Kunstsparte Musik besteht aus einer Grundpauschale von:

- a) 127.500 Euro für Kulturproduzenten der Kategorie 5;
- b) 172.125 Euro für Kulturproduzenten der Kategorie 4;
- c) 216.750 Euro für Kulturproduzenten der Kategorie 3;
- d) 261.375 Euro für Kulturproduzenten der Kategorie 2;
- e) 306.000 Euro für Kulturproduzenten der Kategorie 1.”

5. § 6 wird wie folgt ersetzt:

“§ 6 - Einem Kulturproduzenten kann eine jährliche modulare Personalpauschale für die Kulturarbeit in Höhe von 21.250 Euro pro Vollzeitäquivalent gewährt werden:

- a) für Kulturproduzenten der Kategorie 5: höchstens 2,50 Vollzeitäquivalent Personal;
- b) für Kulturproduzenten der Kategorie 4: höchstens 4,00 Vollzeitäquivalent Personal;
- c) für Kulturproduzenten der Kategorie 3: höchstens 5,33 Vollzeitäquivalent Personal;
- d) für Kulturproduzenten der Kategorie 2: höchstens 6,66 Vollzeitäquivalent Personal;
- e) für Kulturproduzenten der Kategorie 1: höchstens 8,00 Vollzeitäquivalent Personal.”

6. Die §§ 7 und 8 werden aufgehoben.

Art. 23 - Artikel 96 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. § 5, eingefügt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird aufgehoben.

2. Folgender § 6 wird eingefügt:

“§ 6 - In Abweichung von Artikel 54 veröffentlicht die Regierung den nächsten Bewerbungsauftrag für die Einstufung als Amateurkunstvereinigung in der Kunstsparte Tanz fünf Jahre nach der Tanzeinstufung des Jahres 2015.”

Abschnitt 2 — Jugend

Art. 24 - In Artikel 5 § 1 Nummer 13 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit wird die Angabe “31. März” durch die Angabe “30. Juni” ersetzt.

Art. 25 - Artikel 14 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 25. Februar 2013 und vom 2. März 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. Folgende Nummer 5.1 wird eingefügt:

“5.1 ein Erste-Hilfe-Kasten befindet sich in unmittelbarer Nähe des Veranstaltungsortes;”

2. In Nummer 8 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

3. Folgende Nummern 9 bis 11 werden eingefügt:

“9. eine den Bedürfnissen der Kinder angepasste Infrastruktur nutzen, die die Bewegungsfreiheit, Sicherheit und Hygiene der Kinder gewährleistet;

10. einen Ruhebereich für Kinder zwischen drei und fünf Jahren vorsehen;

11. die volljährigen Betreuer der Kinder haben keinen Eintrag im Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches, der ihnen u. a. die Betreuung von Minderjährigen untersagt, was anhand des entsprechenden Auszugs aus dem Strafregister (Muster 2) überprüft wird.”

Art. 26 - Artikel 40 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Zwischen Satz 1 und Satz 2, der zu Satz 3 wird, wird folgender Satz eingefügt:

“Für Praktikumsbegleiter, die eine sozial-pädagogische Hochschulausbildung abgeschlossen haben, beläuft sich die Ausbildung auf 10 Stunden.”

2. In Satz 2, der zu Satz 3 wird, wird das Wort “er” durch die Wortfolge “der Praktikumsbegleiter” ersetzt.

Abschnitt 3 — Sport

Art. 27 - Artikel 27 des Sportdekrets vom 19. April 2004, ersetzt durch das Dekret vom 27. April 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 22. Februar 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

“3. der Lagerplatz:

a) eine den Bedürfnissen der Kinder angepasste Infrastruktur, die die Bewegungsfreiheit, die Sicherheit und die Hygiene der Kinder gewährleistet,

b) einen Ruhebereich für Kinder zwischen drei und fünf Jahren und

c) einen Erste-Hilfe-Kasten in unmittelbarer Nähe des Betreuungsortes zur Verfügung stellt;”

2. In § 1 Nummer 5 wird zwischen die Wörter “Personen” und “aktiv” die Wortfolge “bzw. acht Personen bei Kindern zwischen drei und vier Jahren” eingefügt.

3. In § 1 Nummer 6 wird zwischen die Wörter "Teilnehmern" und "ein" die Wortfolge "bzw. acht Teilnehmern bei Kindern zwischen drei und vier Jahren" eingefügt.

4. In § 1 Nummer 7 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

5. In § 1 wird folgende Nummer 8 eingefügt:

"8. die volljährigen Betreuer keinen Eintrag im Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches haben, der ihnen u. a. die Betreuung von Minderjährigen untersagt, und dem Organisator des Sportlagers den entsprechenden Auszug aus dem Strafregister (Muster 2) übermitteln."

6. § 2 Nummer 3, abgeändert durch das Dekret vom 6. Dezember 2011, wird wie folgt ersetzt:

"3. Kategorie C: Übungsleiter Breitensport Stufe I, Trainer C;"

7. § 2 Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:

"4. Kategorie D: Trainer D, Inhaber eines Anerkennungsnachweises ehrenamtliche Jugendleiterin oder Anerkennungsnachweises ehrenamtlicher Jugendleiter der Deutschsprachigen Gemeinschaft."

8. In § 5 Absatz 2 Nummer 4 wird die Angabe "6 EUR" durch die Angabe "7,5 EUR" ersetzt.

Art. 28 - Artikel 2 Nummer 9 des Dekrets vom 20. November 2006 über das Statut der Sportschützen wird wie folgt ersetzt:

"9. ISSF- oder IBU-Disziplin: jede Disziplin, die durch die International Shooting Sport Federation oder durch die Internationale Biathlon-Union angeboten wird,"

Art. 29 - In Artikel 6 § 2 desselben Dekrets wird die Wortfolge "olympische Schießdisziplin" durch die Wortfolge "ISSF- oder IBU-Disziplin" ersetzt.

Art. 30 - In Artikel 9 Absatz 2 Satz 1 desselben Dekrets wird nach dem Wort "werden" die Wortfolge "für eine Höchstdauer von fünf Jahren" eingefügt.

Abschnitt 4 — Erwachsenenbildung

Art. 31 - Artikel 1 des Dekrets vom 17. November 2008 zur Förderung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird die Wortfolge "Kompetenzen, die alle Menschen" durch die Wortfolge "Kompetenzen des europäischen Referenzrahmens für lebenslanges Lernen, die alle Menschen" ersetzt.

2. In Nummer 2 wird die Wortfolge "Weiterbildungsangebot: in sich kohärente Bildungsaktivitäten zu einer oder mehreren Schlüsselkompetenzen." durch die Wortfolge "Weiterbildungseinheit: in sich kohärente Bildungsaktivitäten mit inhaltsbezogenem Lernziel zu einer oder mehreren Schlüsselkompetenzen, die von der Einrichtung der Erwachsenenbildung geplant, beworben, durchgeführt und finanziert werden." ersetzt.

3. In Nummer 5 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

4. Folgende Nummer 6 wird eingefügt:

"6. Norden des deutschen Sprachgebiets: die Gemeinden Eupen, Kelmis, Lontzen und Raeren;"

5. Folgende Nummer 7 wird eingefügt:

"7. Süden des deutschen Sprachgebiets: die Gemeinden Amel, Büllingen, Burg-Reuland, Bütgenbach und St. Vith."

Art. 32 - In Artikel 2 Absätze 2 und 3 desselben Dekrets wird das Wort "Weiterbildungsangebote" bzw. "Weiterbildungsangeboten" jeweils durch das Wort "Weiterbildungseinheiten" ersetzt.

Art. 33 - In Artikel 3 Absatz 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge "ihr Weiterbildungsangebot" durch die Wortfolge "ihre Weiterbildungseinheiten" ersetzt.

Art. 34 - Artikel 5 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Art. 5 - Zusammenarbeit

Im Hinblick auf die Koordination des Gesamtbildungsangebots arbeiten die Einrichtungen der Erwachsenenbildung im Rahmen des Rates für Erwachsenenbildung zusammen und kooperieren mit anderen Weiterbildungseinrichtungen."

Art. 35 - Artikel 7 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 1 wird das Wort "Weiterbildungsangebote" durch das Wort "Weiterbildungseinheiten" ersetzt.

2. Absatz 1 Nummer 3, abgeändert durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird wie folgt ersetzt:

"3. innerhalb von zwei Kalenderjahren mindestens 208 Weiterbildungseinheiten für die Bürgerinnen und Bürger durchführt, wovon sich mindestens 160 Einheiten an Erwachsene richten und mindestens 40 Einheiten im Norden und 40 Einheiten im Süden des deutschen Sprachgebiets stattfinden;"

3. In Absatz 1 Nummer 5 wird die Wortfolge "die eine finanzielle Kontrolle" durch die Wortfolge "die neben den Aktivitäten im Bereich Erwachsenenbildung die anderen Aktivitätsbereiche der Einrichtung analytisch darstellt und eine finanzielle Kontrolle" ersetzt.

4. In Absatz 2 wird die Wortfolge "an einer Mindestanzahl von 80 Tagen Weiterbildungsangebote in der Erwachsenenbildung durchführen" durch die Wortfolge "mindestens 80 Weiterbildungseinheiten durchführen, die sich an Erwachsene richten und wovon mindestens 15 Einheiten im Norden und 15 Einheiten im Süden des deutschen Sprachgebiets stattfinden" ersetzt.

5. Absatz 3 wird aufgehoben.

Art. 36 - Artikel 8 § 5 Absatz 3 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird aufgehoben.

Art. 37 - In Artikel 10 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Februar 2013, werden die Absätze 1 und 2 durch folgende Absätze 1, 2 und 3 ersetzt:

„Erfüllt eine Einrichtung der Erwachsenenbildung die Bestimmungen dieses Dekrets, erhält sie einen jährlichen pauschalen Zuschuss.

In den beiden ersten Förderjahren beträgt der Zuschuss für bislang noch nicht geförderte Einrichtungen der Erwachsenenbildung maximal 100 % aller Einnahmen. Die Berechnung des jährlichen pauschalen Zuschusses erfolgt anhand der letzten vorliegenden Ergebnisrechnung der Einrichtung der Erwachsenenbildung.

In allen Fällen ist der Zuschuss auf 65.000 Euro begrenzt. Er wird in Zwölfen ausbezahlt.“

Art. 38 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Artikel 10.1 eingefügt:

„Art. 10.1 - Übermittlung von Auskünften

Die Einrichtungen der Erwachsenenbildung übermitteln der Regierung folgende Auskünfte:

1. eine Übersicht ihrer geplanten Weiterbildungseinheiten;
2. eine Übersicht der gemäß Artikel 7 durchgeführten Weiterbildungseinheiten.

Die Regierung legt die näheren Modalitäten fest.“

Art. 39 - Artikel 11 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *b*) wird vor das Wort „Gesamtkosten“ das Wort „jährliche“ eingefügt.
2. In Absatz 1 Nummer 1 wird folgender Buchstabe *d*) eingefügt:

„d) zu Kosten führen, die nicht bereits durch Zuschüsse finanziert werden, die sich nicht aus diesem Dekret ergeben.“

3. In Absatz 1 Nummer 4, eingefügt durch das Dekret vom 2. März 2015, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

4. In Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 2. März 2015, wird folgende Nummer 5 eingefügt:

„5. Zuschüsse für die strukturelle Förderung umgewandelter BVA-Stellen. Die Regierung schließt mit der berechtigten Einrichtung eine Konvention ab.“

5. Absatz 2 wird durch folgende Absätze 2 bis 4 ersetzt:

„Der Zusatzzuschuss im Sinne von Absatz 1 Nummer 1 kann maximal für den Zeitraum des genehmigten Gesamtkonzepts gewährt werden. In Abweichung dazu ist die Laufzeit der Kofinanzierung eines europäischen Projekts an die Laufzeit dieses Projekts gebunden.

Für Zusatzzuschüsse im Sinne von Absatz 1 Nummer 1 kann ein Vorschuss von maximal 80 % des jährlichen Zuschusses gewährt werden.

Projekte im Sinne von Absatz 1 Nummer 1 werden nach einer Anschubfinanzierung evaluiert. Die Regierung legt Form und Gegenstand der Evaluierung fest. Die positive Evaluierung ist Voraussetzung für eine erneute Bezuschussung.“

Art. 40 - Artikel 18 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 13. Februar 2012, wird aufgehoben.

Art. 41 - Artikel 18.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Februar 2013 und abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird aufgehoben.

KAPITEL 3 — DENKMALSCHUTZ

Art. 42 - In Artikel 17 des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen wird folgender Satz eingefügt:

„In diesem Verzeichnis werden die Güter gekennzeichnet, die entgegen der Erhaltungspflicht gemäß Artikel 10 und auf Grundlage eines gemäß Artikel 10.3 erstellten Zustandsberichts als besonders gefährdet einzustufen sind.“

Art. 43 - In Artikel 53 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird folgender § 3 eingefügt:

„§ 3 - In Abweichung von Artikel 37 beträgt die Amtszeit der Mitglieder der am 11. September 2014 eingesetzten Kommission sechs Jahre.“

KAPITEL 4 — BESCHÄFTIGUNG

Art. 44 - Artikel 51 des Programmdekrets vom 29. Juni 1998 wird aufgehoben.

Art. 45 - Der Erlass der Regierung vom 2. Juli 1998 zur Ausführung des Programmdekrets 1998 bezüglich der Betreuung und der beruflichen Ausbildung im Rahmen des beruflichen Übergangsprogramms wird aufgehoben.

Art. 46 - Artikel 6 Absatz 1 des Dekrets vom 26. Juni 2000 zur Schaffung eines Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 5 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
2. Folgende Nummer 6 wird eingefügt:

„6. die Regeln zur praktischen Aufteilung des gemäß Artikel 12.1 § 1 Absatz 2 zugewiesenen Zuschusses an die einzelnen dort erwähnten Organisationen.“

Art. 47 - In dasselbe Dekret, abgeändert durch die Dekrete vom 3. Mai 2004, 27. April 2009 und 16. Januar 2012, wird folgender Artikel 12.1 eingefügt:

"Art. 12.1 - § 1 - Unbeschadet der Artikel 9 und 12 gewährt die Regierung dem Rat einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 200.000 Euro.

Der Rat nimmt folgende Zuweisung dieses Zuschusses vor:

1. eine Hälfte zugunsten der in Artikel 4 § 1 Absatz 1 Nummer 2 erwähnten im Rat vertretenen überberuflichen Arbeitgeberorganisationen;
2. die andere Hälfte zugunsten der in Artikel 4 § 1 Absatz 1 Nummer 3 erwähnten im Rat vertretenen repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen.

Der in Absatz 1 erwähnte Zuschuss dient den in Absatz 2 erwähnten Organisationen zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben innerhalb oder außerhalb des Rates. Die Organisationen verwenden ihren jeweiligen Anteil an diesem Zuschuss für Personal-, Funktions-, Dienstleistungs- oder Infrastrukturkosten. Die Organisationen erstellen jährlich einen Bericht über die Verwendung ihres Anteils an diesem Zuschuss und übermitteln diesen der Regierung.

§ 2 - Der in Paragraph 1 erwähnte Zuschuss ist an die Schwankungen des Indexes gebunden, der im Königlichen Erlass vom 24. Dezember 1993 zur Ausführung des Gesetzes vom 6. Januar 1989 zur Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes angeführt wird. Als Angelindex gilt zum 1. Januar 2019 138,01."

KAPITEL 5 — LOKALE BEHÖRDEN

Art. 48 - In Artikel 20 Absatz 1 des Dekrets vom 14. Februar 2011 über Bestattungen und Grabstätten wird folgender Satz eingefügt:

"Er darf diese erst erteilen, nachdem er sich anhand einer Todesbescheinigung des Todes vergewissert hat und erst 24 Stunden nach dem Tod, außer in den durch Polizeiverordnungen vorgesehenen Fällen."

Art. 49 - In dasselbe Dekret, abgeändert durch das Dekret vom 22. Februar 2016, wird folgender Artikel 20.1 eingefügt:

"Art. 20.1 - Gibt es Zeichen oder Indizien für einen gewaltsamen Tod oder andere Umstände, die Anlass zu dieser Vermutung geben, darf die Beerdigung erst vorgenommen werden, nachdem ein Polizeioffizier unter dem Beistand eines Doktors der Medizin oder der Chirurgie ein Protokoll erstellt hat über den Zustand des Leichnams und die diesbezüglichen Umstände sowie über die Auskünfte, die er über die Vornamen, den Namen, das Alter, den Beruf, den Ort der Geburt und den Wohnsitz der verstorbenen Person hat einholen können."

Art. 50 - In Artikel 25 § 2 Absatz 4 desselben Dekrets wird die Wortfolge "in Artikel 77 oder in Artikel 81 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Bescheinigung" durch die Wortfolge "in Artikel 20 erwähnten Bescheinigung oder dem in Artikel 20.1 erwähnten Protokoll" ersetzt.

Art. 51 - In Artikel 28 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "Artikel 81 des Zivilgesetzbuchs" durch die Wortfolge "Artikel 20.1" ersetzt.

Art. 52 - In Artikel L4146-5 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird folgender Absatz 4 eingefügt:

"Die Mitglieder der Beschwerdekommision haben Anrecht auf Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen gemäß den von der Regierung festgelegten Bestimmungen."

KAPITEL 6 — INFRASTRUKTUR

Art. 53 - Artikel 39 des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur wird wie folgt abgeändert:

1. § 2 Absatz 1, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird aufgehoben;
2. in § 3, ersetzt durch das Dekret vom 2. März 2015, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"Die in Absatz 1 Nummern 1 und 2 sowie in den Artikeln 10 und 24bis erwähnten Abweichungen gelten nicht für Arbeiten, die sich auf ein endgültig geschütztes Gut beziehen, das in einer von der Regierung festgelegten Liste der besonders gefährdeten Denkmäler aufgenommen wurde."

KAPITEL 7 — HAUSHALT UND FINANZEN

Art. 54 - Artikel 103 Absatz 2 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird wie folgt abgeändert:

1. Der Punkt am Ende des Satzes wird durch ein Semikolon ersetzt.
2. Folgender Spiegelstrich wird eingefügt:
"- unter 20 Euro für die Förderung von Weiterbildungen."

Art. 55 - In Titel III desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird folgender Artikel 105.2 eingefügt:

"Art. 105.2 - Gesetzgebung über die öffentlichen Aufträge

Unterliegt der Empfänger von Zuschüssen, die aufgrund von Dekreten, Geschäftsführungsverträgen oder Konventionen strukturell oder projektbezogen ausgezahlt werden, der Gesetzgebung über die öffentlichen Aufträge, kann die Regierung diese Zuschüsse ganz oder teilweise zurückfordern, wenn der Zuschussempfänger bei der Vergabe der bezuschussten Bau-, Liefer- oder Dienstleistungsaufträge gegen die Bestimmungen der erwähnten Gesetzgebung verstößt."

KAPITEL 8 — SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 56 - Vorliegendes Dekret tritt am Tag seiner Veröffentlichung in Kraft, mit Ausnahme von:

1. Artikel 54, der mit Wirkung vom 1. Januar 2018 in Kraft tritt;
2. Artikel 43, der mit Wirkung vom 1. September 2018 in Kraft tritt;
3. Artikel 52, der mit Wirkung vom 15. Oktober 2018 in Kraft tritt;
4. Artikel 2, 3, 5, 8, 9, 10, 11, 18, 19 Nummern 2 und 3, 21 Nummern 5 und 6, 24, 26, 27, 30, 31, 32, 33, 34, 35 Nummern 1, 3, 4 und 5, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 46, 47, die am 1. Januar 2019 in Kraft treten;

5. Artikel 7, 19 Nummer 1, 20, 21 Nummern 1, 2, 3 und 4, 22, 23 Nummer 1, 25, 35 Nummer 2, die am 1. Januar 2020 in Kraft treten.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das Belgische Staatsblatt veröffentlicht wird.
Eupen, den 11. Dezember 2018

O. PAASCH

Der Ministerpräsident

I. WEYKMANS

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

A. ANTONIADIS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

Sitzungsperiode 2018-2019

Nummerierte Dokumente: 258 (2018-2019) Nr. 1 Dekretvorschlag + Erratum

258 (2018-2019) Nrn. 2-4 Abänderungsvorschläge

258 (2018-2019) Nr. 5 Bericht

Ausführlicher Bericht: 11. Dezember 2018 - Nr. 59 Diskussion und Abstimmung

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2019/200141]

11 DECEMBRE 2018. — Décret-programme 2018 (II)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :
Chapitre 1^{er}. — *Matières personnalisables*

Section 1^{re}. — Santé

Article 1^{er}. À l'article 36*duodecies* de la loi relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités coordonnée le 14 juillet 1994, inséré par la loi du 24 juillet 2008, les modifications suivantes sont apportées :

1° au premier alinéa, les mots « Le Roi peut, par arrêté délibéré en Conseil des Ministres, » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement peut »;

2° l'alinéa 2 est abrogé;

3° dans l'alinéa 3, les mots « Le Roi fixe, par arrêté délibéré en Conseil des Ministres, » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement fixe ».

Art. 2. Dans l'article 37, § 20, de la même loi coordonnée, les alinéas 2 et 3, remplacés par la loi du 22 décembre 2008, sont abrogés.

Art. 3. À l'article 3 du décret du 1^{er} juin 2004 relatif à la promotion de la santé et à la prévention médicale, les modifications suivantes sont apportées :

1° les alinéas 1^{er} et 2 forment le § 1^{er}, alinéas 1^{er} et 2;

2° l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 - Le subventionnement et la description de fonction peuvent être fixés, conformément à l'article 105 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, dans le cadre d'un contrat de gestion conclu entre les organisations et organismes mentionnés au § 1^{er} et le Gouvernement. »

Art. 4. À l'article 3, § 2, du décret du 4 juin 2007 relatif au transport non urgent de patients, les modifications suivantes sont apportées :

1° la première phrase du 7° est complétée par les mots « , ainsi que les modalités relatives à la délivrance d'informations sur les possibilités de remboursement des frais de transport »;

2° dans le 9°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

3° le paragraphe est complété par un 10° rédigé comme suit :

« 10° les modalités relatives à la gestion interne des plaintes. »

Art. 5. L'arrêté royal du 31 août 2009 relatif à l'intervention de l'assurance soins de santé et indemnités pour l'assistance au sevrage tabagique est abrogé.

Section 2. — Famille

Art. 6. L'article 5, § 3, du décret du 17 novembre 2008 pour la création d'un conseil consultatif pour les questions familiales et générationnelles est remplacé par ce qui suit :

« § 3 - Sur proposition du Conseil consultatif, le Gouvernement désigne au sein de celui-ci un président et un vice-président pour un mandat de quatre ans. »

Art. 7. Dans le décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants, modifié par les décrets des 2 mars 2015 et 26 février 2018, il est inséré un chapitre 5.2, comportant l'article 16.5, rédigé comme suit :

« Chapitre 5.2 - Réduction d'impôt pour frais de garde

Art. 16.5 - Attestation en vue de la réduction d'impôt

En vue de l'octroi de la réduction d'impôt pour la garde d'enfants, conformément à l'article 145³⁵ du Code des impôts sur le revenu et de la délivrance par le Gouvernement d'une attestation y afférente en faveur des assujettis concernés, les prestataires mentionnés à l'alinéa 2, 3^o, du même article sont tenus de respecter les conditions minimales suivantes :

1^o le prestataire a son siège en région de langue allemande;

2^o la durée minimale de l'offre d'accueil proposée par le prestataire s'étend sur trois jours consécutifs et au moins cinq heures chaque jour;

3^o le prestataire met à disposition une infrastructure adaptée aux besoins des enfants, et qui garantit leur liberté de mouvement, leur sécurité et leur hygiène;

4^o le prestataire met une zone de repos à la disposition des enfants entre trois et cinq ans;

5^o le prestataire met à disposition une trousse de premiers secours à proximité immédiate du lieu d'accueil;

6^o les gardes d'enfants majeurs occupés auprès du prestataire :

a) n'ont pas d'inscription dans le casier judiciaire conformément à l'article 596, alinéa 2, du code d'instruction criminelle qui leur interdit entre autres l'encadrement de mineurs et transmettent au prestataire l'extrait du casier judiciaire (modèle 2) correspondant;

b) disposent d'une formation pédagogique, d'une formation de moniteur bénévole, d'une formation assimilée par le Gouvernement ou d'une expérience pratique d'au moins cinq ans dans un domaine pédagogique ou dans le domaine de l'animation enfantine.

Le prestataire introduit auprès du Gouvernement les pièces justificatives prouvant le respect des conditions minimales énoncées au premier alinéa.

Les conditions minimales énoncées au premier alinéa s'appliquent sans préjudice d'autres conditions fixées par décret. »

Art. 8. Dans l'article 27, alinéa 1^{er}, du décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales, le chiffre « 6 » est remplacé par le chiffre « 7 ».

Art. 9. Dans l'article 116 du même décret, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Si l'application de l'article 28 menait à la détermination d'un autre allocataire que la personne qui reçoit les allocations familiales pour décembre 2018, cette dernière personne reste allocataire jusqu'à ce que l'une des situations suivantes se présente :

1^o les allocations familiales ne sont plus payées pour l'un des enfants pour lequel cette dernière personne reçoit des allocations familiales;

2^o des allocations familiales sont versées à cette dernière personne pour un autre enfant;

3^o l'allocataire déterminé conformément à l'article 28 demande d'obtenir les allocations familiales. »

Art. 10. La section 2 du même décret est complétée par un article 117.1 rédigé comme suit :

« Art. 117.1 - Disposition transitoire

Pour les enfants qui sont nés après le 31 décembre 2018, la différence entre la prime de naissance mentionnée à l'article 30 et l'allocation de naissance mentionnée à l'article 73bis, § 1^{er}, alinéa 3, 1^o, de la loi générale du 19 décembre 1939 relative aux allocations familiales est définitivement acquise à l'allocataire s'il a régulièrement bénéficié de l'allocation de naissance en vertu de l'article 73bis, § 2, de cette même loi générale. »

Art. 11. L'arrêté royal du 20 juillet 2006 instituant une majoration des suppléments d'âge visés aux articles 44 et 44bis des lois coordonnées relatives aux allocations familiales pour travailleurs salariés est abrogé.

Section 3. — Affaires sociales

Art. 12. L'article 7, § 1^{er}, 8^o, du décret du 5 mai 2014 portant agréation et soutien de points de contact social est remplacé par ce qui suit :

« 8^o faire en sorte d'assurer au rez-de-chaussée l'accessibilité des offres pour les personnes atteintes d'un handicap; ».

Art. 13. À l'article 7, alinéa 1^{er}, 2^o, du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le point-virgule en fin de phrase est remplacé par un point;

2^o le 2^o est complété par la phrase suivante :

« Pour analyser les besoins individuelles du bénéficiaire, il convient d'utiliser au moins le screener BelRAI. »

Art. 14. L'article 14 du même décret est complété par le paragraphe 3 rédigé comme suit :

« § 3 - Sans préjudice des §§ 1^{er} et 2, le Gouvernement peut autoriser l'Office à verser les traitements du personnel des prestataires agréés, et ce, aux conditions et modalités fixées par le Gouvernement. »

Art. 15. À l'article 16 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « , en utilisant le screener BelRAI, » sont insérés entre les mots « l'Office classe » et les mots « la personne âgée »;

2° l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, le Gouvernement détermine la procédure d'évaluation applicable pour le classement dans une catégorie de soins. »

Art. 16. L'article 39 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« L'Office créée, valide, sécurise et tient à jour une base de données reprenant les personnes qui remplissent les missions énumérées aux articles 7 et 16. »

Art. 17. À l'article 45, alinéa 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 9°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° le paragraphe est complété par un 10° rédigé comme suit :

« 10° les données suivantes en ce qui concerne les prestataires agréés et les membres de leur personnel :

a) les données concernant l'identité des membres du personnel de chaque prestataire;

b) les données relatives à la situation et aux qualifications professionnelles des membres du personnel de chaque prestataire. »

Chapitre 2. — *Matières culturelles*

Section 1^{re}. — Culture

Art. 18. Dans l'article 9, alinéa 2, du décret du 7 mai 2007 relatif à la promotion des musées et des publications dans le domaine du patrimoine culturel, remplacé par le décret du 24 février 2014, la date du « 31 mars » est remplacée par la date du « 30 juin ».

Art. 19. À l'article 16 du décret du 18 novembre 2013 visant à soutenir la culture en Communauté germanophone, modifié par le décret du 26 février 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Peuvent être soutenus comme organisateurs d'événements culturels les demandeurs qui, en plus de satisfaire au § 1^{er}, répondent aux critères quantitatifs suivants :

a) pour la catégorie 10 : organiser des activités culturelles au moins dix jours par an en région de langue allemande, fréquentées par 2 500 personnes au moins;

b) pour la catégorie 9 : organiser des activités culturelles au moins quatorze jours par an en région de langue allemande, fréquentées par 3 250 personnes au moins;

c) pour la catégorie 8 : organiser des activités culturelles au moins dix-huit jours par an en région de langue allemande, fréquentées par 4 000 personnes au moins;

d) pour la catégorie 7 : organiser des activités culturelles au moins vingt-deux jours par an en région de langue allemande, fréquentées par 5 000 personnes au moins;

e) pour la catégorie 6 : organiser des activités culturelles au moins vingt-six jours par an en région de langue allemande, fréquentées par 6 000 personnes au moins;

f) pour la catégorie 5 : organiser des activités culturelles au moins trente jours par an en région de langue allemande, fréquentées par 8 000 personnes au moins;

g) pour la catégorie 4 : organiser des activités culturelles au moins trente-quatre jours par an en région de langue allemande, fréquentées par 10 000 personnes au moins;

h) pour la catégorie 3 : organiser des activités culturelles au moins trente-huit jours par an en région de langue allemande, fréquentées par 11 666 personnes au moins;

i) pour la catégorie 2 : organiser des activités culturelles au moins quarante-deux jours par an en région de langue allemande, fréquentées par 13 332 personnes au moins;

j) pour la catégorie 1 : organiser des activités culturelles au moins quarante-six jours par an en région de langue allemande, fréquentées par 15 000 personnes au moins. »;

2° le § 3, alinéa 2, est remplacé par ce qui suit :

« Pour des classements en catégories opérés lors de périodes de soutien ultérieures, c'est la moyenne des cinq dernières années calendrier précédant l'année de la demande qui est déterminante en ce qui concerne les critères quantitatifs. »;

3° dans le § 3, l'alinéa 3 est complété par les mots « ou à des organisateurs d'événements culturels soutenus depuis moins de cinq ans ».

Art. 20. À l'article 17 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Le soutien annuel accordé à des organisateurs d'événements culturels consiste en un subside forfaitaire de base :

a) 120 000 euros pour les organisateurs d'événements culturels de la catégorie 10;

b) 140 000 euros pour les organisateurs d'événements culturels de la catégorie 9;

c) 160 000 euros pour les organisateurs d'événements culturels de la catégorie 8;

d) 180 000 euros pour les organisateurs d'événements culturels de la catégorie 7;

e) 200 000 euros pour les organisateurs d'événements culturels de la catégorie 6;

f) 220.000 euros pour les organisateurs d'événements culturels de la catégorie 5;

g) 240 000 euros pour les organisateurs d'événements culturels de la catégorie 4;

h) 260 000 euros pour les organisateurs d'événements culturels de la catégorie 3;

- i) 280 000 euros pour les organisateurs d'événements culturels de la catégorie 2;
- j) 300 000 euros pour les organisateurs d'événements culturels de la catégorie 1.

Pour le travail culturel, un organisateur d'événements culturels peut obtenir un forfait annuel en personnel, s'élevant à un montant de 21 250 euros par équivalent temps plein et modulable comme suit :

- a) organisateurs d'événements culturels pour la catégorie 10 : au maximum 2 équivalents temps plein;
 - b) organisateurs d'événements culturels pour la catégorie 9 : au maximum 3 équivalents temps plein;
 - c) organisateurs d'événements culturels pour la catégorie 8 : au maximum 4 équivalents temps plein;
 - d) organisateurs d'événements culturels pour la catégorie 7 : au maximum 4,8 équivalents temps plein;
 - e) organisateurs d'événements culturels pour la catégorie 6 : au maximum 5,6 équivalents temps plein;
 - f) organisateurs d'événements culturels pour la catégorie 5 : au maximum 6,4 équivalents temps plein;
 - g) organisateurs d'événements culturels pour la catégorie 4 : au maximum 7,2 équivalents temps plein;
 - h) organisateurs d'événements culturels pour la catégorie 3 : au maximum 8 équivalents temps plein;
 - i) organisateurs d'événements culturels pour la catégorie 2 : au maximum 8,8 équivalents temps plein;
 - j) organisateurs d'événements culturels pour la catégorie 1 : au maximum 9,6 équivalents temps plein. »;
- 2° les § 3, 4 et 5 sont abrogés.

Art. 21. À l'article 18 du même décret, modifié par le décret du 26 février 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Peuvent être soutenus dans la discipline artistique "théâtre" les demandeurs qui, en plus de satisfaire au § 1^{er}, répondent aux critères quantitatifs suivants :

- a) pour la catégorie 5 : mènent à bien au moins 30 activités culturelles par an;
- b) pour la catégorie 4 : mènent à bien au moins 45 activités culturelles par an;
- c) pour la catégorie 3 : mènent à bien au moins 60 activités culturelles par an;
- d) pour la catégorie 2 : mènent à bien au moins 90 activités culturelles par an;
- e) pour la catégorie 1 : mènent à bien au moins 120 activités culturelles par an. »;

2° le § 3 est remplacé par ce qui suit :

« § 3 - Peuvent être soutenus dans la discipline artistique "danse" les demandeurs qui, en plus de satisfaire au § 1^{er}, répondent aux critères quantitatifs suivants :

- a) pour la catégorie 5 : mènent à bien au moins 20 activités culturelles par an;
- b) pour la catégorie 4 : mènent à bien au moins 27,5 activités culturelles par an;
- c) pour la catégorie 3 : mènent à bien au moins 35 activités culturelles par an;
- d) pour la catégorie 2 : mènent à bien au moins 57,5 activités culturelles par an;
- e) pour la catégorie 1 : mènent à bien au moins 80 activités culturelles par an. »;

3° le § 4 est remplacé par ce qui suit :

« § 4 - Peuvent être soutenus dans la discipline artistique "littérature" les demandeurs qui, en plus de satisfaire au § 1^{er}, répondent aux critères quantitatifs suivants :

- a) pour la catégorie 5 : mènent à bien au moins 10 activités culturelles par an;
- b) pour la catégorie 4 : mènent à bien au moins 15 activités culturelles par an;
- c) pour la catégorie 3 : mènent à bien au moins 20 activités culturelles par an;
- d) pour la catégorie 2 : mènent à bien au moins 25 activités culturelles par an;
- e) pour la catégorie 1 : mènent à bien au moins 30 activités culturelles par an. »;

4° le § 5 est remplacé par ce qui suit :

« § 5 - Peuvent être soutenus dans la discipline artistique "musique" les demandeurs qui, en plus de satisfaire au § 1^{er}, répondent aux critères quantitatifs suivants :

- a) pour la catégorie 5 : mènent à bien au moins 30 activités culturelles par an;
- b) pour la catégorie 4 : mènent à bien au moins 45 activités culturelles par an;
- c) pour la catégorie 3 : mènent à bien au moins 60 activités culturelles par an;
- d) pour la catégorie 2 : mènent à bien au moins 90 activités culturelles par an;
- e) pour la catégorie 1 : mènent à bien au moins 120 activités culturelles par an. »;

5° dans le § 6, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Pour des classements en catégories opérés lors de périodes de soutien ultérieures, c'est la moyenne des cinq dernières années calendrier précédant l'année de la demande qui est déterminante en ce qui concerne les critères quantitatifs. »;

6° dans le § 6, l'alinéa 3 est complété par les mots « ou à des producteurs culturels soutenus qui ne l'ont pas encore été pendant cinq ans ».

Art. 22. À l'article 19 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Dans la discipline artistique "théâtre", le soutien annuel accordé aux producteurs culturels consiste en un forfait de base s'élevant à :

- a) 150 000 euros pour les producteurs culturels de la catégorie 5;
- b) 202 500 euros pour les producteurs culturels de la catégorie 4;
- c) 255 000 euros pour les producteurs culturels de la catégorie 3;
- d) 307 500 euros pour les producteurs culturels de la catégorie 2;
- e) 360 000 euros pour les producteurs culturels de la catégorie 1. »;

2° le § 3 est remplacé par ce qui suit :

« § 3 - Dans la discipline artistique "danse", le soutien annuel accordé aux producteurs culturels consiste en un forfait de base s'élevant à :

- a) 100 000 euros pour les producteurs culturels de la catégorie 5;
- b) 135 000 euros pour les producteurs culturels de la catégorie 4;
- c) 170 000 euros pour les producteurs culturels de la catégorie 3;
- d) 205 000 euros pour les producteurs culturels de la catégorie 2;
- e) 240 000 euros pour les producteurs culturels de la catégorie 1. »;

3° le § 4 est remplacé par ce qui suit :

« § 4 - Dans la discipline artistique "littérature", le soutien annuel accordé aux producteurs culturels consiste en un forfait de base s'élevant à :

- a) 50 000 euros pour les producteurs culturels de la catégorie 5;
- b) 62 500 euros pour les producteurs culturels de la catégorie 4;
- c) 75 000 euros pour les producteurs culturels de la catégorie 3;
- d) 87 500 euros pour les producteurs culturels de la catégorie 2;
- e) 100 000 euros pour les producteurs culturels de la catégorie 1. »;

4° le § 5 est remplacé par ce qui suit :

« § 5 - Dans la discipline artistique "musique", le soutien annuel accordé aux producteurs culturels consiste en un forfait de base s'élevant à :

- a) 127 500 euros pour les producteurs culturels de la catégorie 5;
- b) 172 125 euros pour les producteurs culturels de la catégorie 4;
- c) 216 750 euros pour les producteurs culturels de la catégorie 3;
- d) 261 375 euros pour les producteurs culturels de la catégorie 2;
- e) 306 000 euros pour les producteurs culturels de la catégorie 1. »;

5° le § 6 est remplacé par ce qui suit :

« § 6 - Pour le travail culturel, un producteur culturel peut obtenir un forfait annuel en personnel, s'élevant à un montant de 21 250 euros par équivalent temps plein et modulable comme suit :

- a) producteurs culturels de la catégorie 5 : au maximum 2,5 équivalents temps plein;
- b) producteurs culturels de la catégorie 4 : au maximum 4 équivalents temps plein;
- c) producteurs culturels de la catégorie 3 : au maximum 5,33 équivalents temps plein;
- d) producteurs culturels de la catégorie 2 : au maximum 6,66 équivalents temps plein;
- e) producteurs culturels de la catégorie 1 : au maximum 8 équivalents temps plein. »;

6° les § 7 et 8 sont abrogés.

Art. 23. À l'article 96 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 5, inséré par le décret du 26 février 2018, est abrogé;

2° l'article est complété par un paragraphe 6 rédigé comme suit :

« § 6 - Par dérogation à l'article 54, le Gouvernement publie le prochain appel aux candidats pour le classement comme société d'art amateur dans la discipline artistique "danse" cinq ans après le classement de l'année 2015. »

Section 2. — Jeunesse

Art. 24. Dans l'article 5, § 1^{er}, 13°, du décret du 6 décembre 2011 visant à soutenir l'animation de jeunesse, la date du « 31 mars » est remplacée par la date du « 30 juin ».

Art. 25. À l'article 14, alinéa 1^{er}, du même décret, modifié par les décrets des 25 février 2013 et 2 mars 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa est complété par un 5.1 rédigé comme suit :

« 5.1. une trousse de premiers secours se trouve à proximité immédiate du lieu de la manifestation; »

2° dans le 8°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

3° l'alinéa est complété par les 9° à 11° rédigés comme suit :

« 9° utiliser une infrastructure adaptée aux besoins des enfants et qui garantit leur liberté de mouvement, leur sécurité et leur hygiène;

10° prévoir une zone de repos pour les enfants entre trois et cinq ans;

11° les moniteurs majeurs n'ont pas d'inscription dans le casier judiciaire conformément à l'article 596, alinéa 2, du code d'instruction criminel qui leur interdit entre autres l'encadrement de mineurs, ce qui est attesté par l'extrait du casier judiciaire (modèle 2) correspondant. »

Art. 26. À l'article 40 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° la phrase suivante est insérée entre la première et la deuxième :

« Pour les accompagnateurs de stage qui ont achevé une formation de l'enseignement supérieur sociopédagogique, la formation s'étend sur dix heures. »;

2° dans la deuxième phrase, qui devient la troisième, le mot « il » est remplacé par les mots « l'accompagnateur de stage ».

Section 3. — Sport

Art. 27. À l'article 27 du décret du 19 avril 2004 sur le sport, remplacé par le décret du 27 avril 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 22 février 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, le 3° est remplacé par ce qui suit :

« 3° Lorsque le camp met à disposition :

a) une infrastructure adaptée aux besoins des enfants, et qui garantit leur liberté de mouvement, leur sécurité et leur hygiène;

b) une zone de repos pour les enfants entre trois et cinq ans;

c) une trousse de premiers secours à proximité immédiate du lieu d'accueil. »;

2° dans le § 1^{er}, le 5° est complété par les mots « ou huit personnes lorsqu'il s'agit d'enfants entre trois et quatre ans »;

3° dans le § 1^{er}, le 6° est complété par les mots « ou huit participants lorsqu'il s'agit d'enfants entre trois et quatre ans »;

4° dans le § 1^{er}, 7°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

5° le § 1^{er} est complété par un 8° rédigé comme suit :

« 8° les membres majeurs du personnel d'encadrement n'ont pas d'inscription dans le casier judiciaire conformément à l'article 596, alinéa 2, du code de procédure pénale qui leur interdit entre autres l'encadrement de mineurs et transmettent à l'organisateur du camp sportif l'extrait du casier judiciaire (modèle 2) correspondant. »;

6° dans le § 2, modifié par le décret du 6 décembre 2011, le 3° est remplacé par ce qui suit :

« 3° catégorie C : moniteur de niveau I pour le sport de masse, entraîneur C; »

7° dans le § 2, le 4° est remplacé par ce qui suit :

« 4° catégorie D : entraîneur D, titulaire d'un titre reconnu de moniteur bénévole de la Communauté germanophone. »;

8° dans le § 5, alinéa 2, 4°, les mots « 6 EUR » sont remplacés par les mots « 7,5 euros ».

Art. 28. Dans l'article 2 du décret du 20 novembre 2006 relatif au statut des tireurs sportifs, le 9° est remplacé par ce qui suit :

« 9° discipline ISSF ou IBU : toute discipline proposée par la Fédération internationale de tir sportif ou par l'Union internationale de biathlon; ».

Art. 29. Dans l'article 6, § 2, du même décret, les mots « discipline de tir olympique » sont remplacés par les mots « discipline ISSF ou IBU ».

Art. 30. Dans l'article 9, alinéa 2, du même décret, la première phrase est complétée par les mots « pour une durée maximale de cinq ans ».

Section 4. — Formation des adultes

Art. 31. À l'article 1^{er} du décret du 17 novembre 2008 visant à soutenir les établissements de formation pour adultes, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 1°, les mots « compétences nécessaires » sont remplacés par les mots « compétences du cadre européen de référence pour l'apprentissage tout au long de la vie qui sont nécessaires »;

2° dans le 2°, les mots « offre de formation continue : les activités de formation au contenu cohérent et portant sur une ou plusieurs compétences clés » sont remplacés par les mots « unité de formation continue : les activités de formation au contenu cohérent qui ont un objectif d'apprentissage inhérent à une ou plusieurs compétences clés et qui sont planifiées, promues, organisées et financées par l'établissement de formation des adultes. »;

3° dans le 5°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

4° l'article est complété par un 6° rédigé comme suit :

« 6° nord de la région de langue allemande : les communes d'Eupen, La Calamine, Lontzen et Raeren; »;

5° l'article est complété par un 7° rédigé comme suit :

« 7° sud de la région de langue allemande : les communes d'Amblève, Bullange, Burg-Reuland, Butgenbach et Saint-Vith. »

Art. 32. Dans l'article 2, alinéas 2 et 3, du même décret, les mots « une offre de formation continue conforme » et « les différentes offres » sont respectivement remplacés par les mots « des unités de formation continue conformes » et « les différentes unités de formation continue ».

Art. 33. Dans l'article 3, alinéa 3, du même décret, les mots « son offre de formation continue » sont remplacés par les mots « ses unités de formation continue ».

Art. 34. L'article 5 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 5 - Coopération

En vue de la coordination de l'offre globale de formation, les établissements de formation pour adultes collaborent au sein du Conseil pour la formation des adultes et coopèrent avec d'autres établissements de formation continue. »

Art. 35. À l'article 7 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, 1°, les mots « de ses offres » sont remplacés par les mots « de ses unités de formation continue » ;

2° l'alinéa 1^{er}, 3°, modifié par le décret du 25 février 2013, est remplacé par ce qui suit :

« 3° propose aux citoyens, dans un délai de deux années civiles, au moins 208 unités de formation continue dont au moins 160 s'adressent à des adultes et dont au moins 40 se déroulent dans le nord et 40 dans le sud de la région de langue allemande ; »

3° dans l'alinéa 1^{er}, 5°, les mots « , présentant de manière analytique, outre les activités dans le domaine de la formation des adultes, les autres domaines d'activité de l'établissement et » sont insérés entre les mots « en tout temps » et les mots « permettant un contrôle financier » ;

4° dans l'alinéa 2, les mots « doit proposer ses offres de formation continue depuis au moins un an, à raison d'au moins 80 jours » sont remplacés par les mots « doit proposer, depuis au moins un an, au moins 80 unités de formation continue s'adressant à des adultes et dont au moins 15 ont lieu dans le nord et 15 dans le sud de la région de langue allemande » ;

5° l'alinéa 3 est abrogé.

Art. 36. L'article 8, § 5, alinéa 3, du même décret, modifié par le décret du 25 février 2013, est abrogé.

Art. 37. Dans l'article 10 du même décret, modifié par le décret du 25 février 2013, les alinéas 1^{er} et 2 sont remplacés par les alinéas 1^{er}, 2 et 3 rédigés comme suit :

« L'établissement de formation pour adultes qui satisfait aux dispositions du présent décret reçoit un subside forfaitaire annuel.

Lors des deux premières années du soutien, le subside représente au plus 100 % de toutes les recettes en ce qui concerne les établissements de formation pour adultes non encore soutenus. Le calcul du subside forfaitaire annuel s'effectue sur la base du dernier compte de résultats présenté par l'établissement de formation pour adultes.

Dans tous les cas, le subside est plafonné à 65 000 euros. Il est liquidé sous la forme de douzièmes. »

Art. 38. Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, il est inséré un article 10.1 rédigé comme suit :

« Art. 10.1 - Transmission d'informations

Les établissements de formation pour adultes transmettent au Gouvernement les informations suivantes :

1° un aperçu des unités de formation continue qu'ils ont planifiées ;

2° un aperçu des unités de formation continues organisées conformément à l'article 7.

Le Gouvernement fixe les autres modalités. »

Art. 39. À l'article 11 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, 1°, *b*), le mot « annuel » est inséré après les mots « coût total » ;

2° l'alinéa 1^{er}, 1°, est complété par un *d*) rédigé comme suit :

« *d*) entraînent des coûts qui ne sont pas encore financés par des subsides ne résultant pas du présent décret. » ;

3° dans l'alinéa 1^{er}, 4°, inséré par le décret du 2 mars 2015, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule ;

4° l'alinéa 1^{er}, modifié par le décret du 2 mars 2015, est complété par un 5° rédigé comme suit :

« 5° subsides pour la promotion structurelle d'emplois TCS transformés. Le Gouvernement conclut une convention avec l'établissement qui y a droit. » ;

5° l'alinéa 2 est remplacé par les alinéas 2 à 4 rédigés comme suit :

« Les subsides complémentaires au sens de l'alinéa 1^{er}, 1°, peuvent être octroyés au maximum pour la période du concept global approuvé. Par dérogation à cela, la durée du cofinancement d'un projet européen est liée à la durée de celui-ci.

Pour les subsides complémentaires au sens de l'alinéa 1^{er}, 1°, une avance représentant au maximum 80 % du subside annuel peut être octroyée.

Les projets au sens de l'alinéa 1^{er}, 1°, sont évalués après un financement de démarrage. Le Gouvernement fixe la forme et l'objet de l'évaluation. L'évaluation positive est une condition *sine qua non* pour un nouveau subventionnement. »

Art. 40. L'article 18 du même décret, modifié par le décret du 13 février 2012, est abrogé.

Art. 41. L'article 18.1 du même décret, inséré par le décret du 25 février 2013 et modifié par le décret du 20 juin 2016, est abrogé.

Chapitre 3. — Protection des monuments et sites

Art. 42. L'article 17 du décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et sites, ainsi qu'aux fouilles, est complété par la phrase suivante :

« Cette liste reprend les biens qui, contrairement à l'obligation de conservation au sens de l'article 10 et sur la base d'un rapport établi conformément à l'article 10.3, doivent être considérés comme particulièrement vulnérables. »

Art. 43. L'article 53 du même décret, modifié par le décret du 26 février 2018, est complété par un paragraphe 3 rédigé comme suit :

« § 3 - Par dérogation à l'article 37, le mandat des membres de la Commission installée le 11 septembre 2014 est de six ans. »

Chapitre 4. — *Emploi*

Art. 44. L'article 51 du décret-programme du 29 juin 1998 est abrogé.

Art. 45. L'arrêté du Gouvernement du 2 juillet 1998 portant exécution du décret-programme 1998 quant à la guidance et à la formation professionnelle dans le cadre du programme de transition professionnelle est abrogé.

Art. 46. À l'article 6, alinéa 1^{er}, du décret du 26 juin 2000 portant création d'un Conseil économique et social de la Communauté germanophone, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 5°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa est complété par un 6° rédigé comme suit :

« 6° les règles relatives à la répartition pratique du subside affecté conformément à l'article 12.1, § 1^{er}, alinéa 2, aux différentes organisations y mentionnées. »

Art. 47. Dans le même décret, modifié par les décrets des 3 mai 2004, 27 avril 2009 et 16 janvier 2012, il est inséré un article 12.1 rédigé comme suit :

« Art. 12.1 - § 1^{er} - Sans préjudice des articles 9 et 12, le Gouvernement accorde au Conseil un subside annuel d'un montant de 200 000 euros.

Le Conseil affecte ce subside comme suit :

1° une moitié en faveur des organisations interprofessionnelles d'employeurs mentionnées à l'article 4, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, représentées au sein du Conseil;

2° l'autre moitié en faveur des organisations représentatives des travailleurs mentionnées à l'article 4, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 3°, représentées au sein du Conseil.

Le subside mentionné à l'alinéa 1^{er} permet aux organisations mentionnées à l'alinéa 2 d'exercer leurs fonctions au sein ou en dehors du Conseil. Les organisations utilisent leur part respective de ce subside pour couvrir les frais de personnel, de fonctionnement, de services ou d'infrastructure. Chaque année, les organisations établissent un rapport sur l'utilisation de leur part de ce subside et le communiquent au Gouvernement.

§ 2 - Le montant mentionné au § 1^{er} est lié aux fluctuations de l'indice des prix à la consommation mentionné dans l'arrêté royal du 24 décembre 1993 portant exécution de la loi du 6 janvier 1989 de sauvegarde de la compétitivité du pays. L'indice-pivot applicable au 1^{er} janvier 2019 est de 138,01. »

Chapitre 5. — *Pouvoirs locaux*

Art. 48. À l'article 20 du décret du 14 février 2011 sur les funérailles et sépultures, l'alinéa 1^{er} est complété par une phrase rédigée comme suit :

« Il ne peut délivrer celle-ci qu'après s'être assuré du décès sur la base d'un certificat de décès et seulement vingt-quatre heures après la mort, sauf dans les cas prévus par les règlements de police. »

Art. 49. Dans le même décret, modifié par le décret du 22 février 2016, il est inséré un article 20.1 rédigé comme suit :

« Art. 20.1 - Lorsqu'il y aura des signes ou indices de mort violente, ou d'autres circonstances qui donneront lieu de le soupçonner, on ne pourra faire l'inhumation qu'après qu'un officier de police, assisté d'un docteur en médecine ou en chirurgie, aura dressé procès-verbal de l'état du cadavre, et des circonstances y relatives, ainsi que des renseignements qu'il aura pu recueillir sur les prénoms, nom, âge, profession, lieu de naissance et domicile de la personne décédée. »

Art. 50. Dans l'article 25, § 2, alinéa 4, du même décret, les mots « le certificat visé à l'article 77 ou à l'article 81 du Code civil » sont remplacés par les mots « le certificat mentionné à l'article 20 ou le procès-verbal mentionné à l'article 20.1 ».

Art. 51. À l'article 28, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « l'article 81 du Code civil » sont remplacés par les mots « l'article 20.1 ».

Art. 52. L'article L4146-5 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation, modifié par le décret du 21 novembre 2016, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les membres de la commission de recours ont droit à des jetons de présence et à des indemnités de déplacement conformément aux dispositions fixées par le Gouvernement. »

Chapitre 6. — *Infrastructure*

Art. 53. À l'article 39 du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 2, alinéa 1^{er}, inséré par le décret du 23 juin 2008, est abrogé;

2° le § 3, modifié par le décret du 2 mars 2015, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les dérogations prévues à l'alinéa 1^{er}, 1° et 2°, ainsi qu'aux articles 10 et 24bis ne s'appliquent pas aux travaux qui se rapportent à un bien définitivement classé repris dans une liste de monuments particulièrement vulnérables fixée par le Gouvernement. »

Chapitre 7. — *Budget et finances*

Art. 54. À l'article 103, alinéa 2, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, les modifications suivantes sont apportées :

1° le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa est complété par un tiret rédigé comme suit :

« - en-dessous de 20 euros pour la promotion de formations continues. »

Art. 55. Dans le titre III du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 26 février 2018, il est inséré un article 105.2 rédigé comme suit :

« Art. 105.2 - *Législation sur les marchés publics*

Si le bénéficiaire de subsides liquidés de manière structurelle ou en lien avec des projets sur la base de décrets, contrats de gestion ou conventions est soumis à la législation sur les marchés publics, le Gouvernement peut récupérer ces subventions en tout ou partie si ledit bénéficiaire, lors de la passation des marchés de travaux, fournitures ou services subsidiés, enfreint les dispositions de ladite législation. »

Chapitre 8. — *Dispositions finales*

Art. 56. Le présent décret entre en vigueur le jour de sa publication, à l'exception :

1° de l'article 54, qui produit ses effets le 1^{er} janvier 2018;

2° de l'article 43, qui produit ses effets le 1^{er} septembre 2018;

3° de l'article 52, qui produit ses effets le 15 octobre 2018;

4° des articles 2, 3, 5, 8, 9, 10, 11, 18, 19, 2° et 3°, 21, 5° et 6°, 24, 26, 27, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 1°, 3°, 4° et 5°, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 46 et 47, qui entrent en vigueur le 1^{er} janvier 2019;

5° des articles 7, 19, 1°, 20, 21, 1°, 2°, 3° et 4°, 22, 23, 1°, 25 et 35, 2°, qui entrent en vigueur le 1^{er} janvier 2020.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 11 décembre 2018

O. PAASCH

Le Ministre-Président

I. WEYKMANS

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme

A. ANTONIADIS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales

H. MOLLERS

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

Session 2018-2019

Documents parlementaires : 258 (2018-2019) n° 1 Proposition de décret + Erratum

258 (2018-2019) n°s 2 à 4 Propositions d'amendement

258 (2018-2019) n° 5 Rapport

Compte rendu intégral : 11 décembre 2018 - n° 59 Discussion et vote

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2019/200141]

11 DECEMBER 2018. — **Programmadecreet 2018 (II)**

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK 1. — *PERSOONSGEBONDEN AANGELEGENHEDEN*

Afdeling 1. — Gezondheid

Artikel 1. In artikel 36*duodecies* van de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen, gecoördineerd op 14 juli 1994, dat is ingevoegd bij de wet van 24 juli 2008, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "De Koning kan, bij besluit vastgesteld na overleg in de Ministerraad," vervangen door de woorden "De Regering kan";

2° het tweede lid wordt opgeheven;

3° in het derde lid worden de woorden "De Koning bepaalt, bij besluit vastgesteld na overleg in de Ministerraad," vervangen door de woorden "De Regering bepaalt".

Art. 2. In artikel 37, § 20, van dezelfde gecoördineerde wet, worden het tweede en het derde lid, vervangen bij de wet van 22 december 2008, opgeheven.

Art. 3. In artikel 3 van het decreet van 1 juni 2004 betreffende de gezondheids promotie en inzake medische preventie worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste en het tweede lid worden § 1, eerste lid en tweede lid;

2° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 2, luidende:

" § 2 - De Regering en de instellingen en organisaties vermeld in paragraaf 1 kunnen de subsidiëring en de taakomschrijving vastleggen in een beheerscontract als bedoeld in artikel 105 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap."

Art. 4. In artikel 3, § 2, van het decreet van 4 juni 2007 betreffende het niet-dringend ziekenvervoer worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de eerste zin van de bepaling onder 7° wordt vervangen als volgt: "de maximumtarieven en de criteria die worden toegepast om het tarief te berekenen dat door de dienst voor ziekenvervoer aan de patiënt kan worden gevraagd, alsook de nadere regels voor het geven van informatie over de mogelijkheden inzake terugbetaling van de vervoerkosten."

2° in de bepaling onder 9° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

3° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 10°, luidende:

"10° de nadere regels voor het intern klachtenbeheer."

Art. 5. Het koninklijk besluit van 31 augustus 2009 inzake de tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen voor de hulp bij tabaksontwenning wordt opgeheven.

Afdeling 2. — Gezin

Art. 6. Artikel 5, § 3, van het decreet van 17 november 2008 betreffende de oprichting van een adviesraad voor gezins- en generatievraagstukken wordt vervangen als volgt:

"§ 3 - Op de voordracht van de adviesraad wijst de Regering binnen de adviesraad een voorzitter en een vicevoorzitter aan voor een mandaat van vier jaar."

Art. 7. In het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, gewijzigd bij de decreten van 2 maart 2015 en 26 februari 2018, wordt een hoofdstuk 5.2 ingevoegd, dat artikel 16.5 omvat, luidende:

"HOOFDSTUK 5.2. — BELASTINGVERMINDERING VOOR OPVANGKOSTEN

Art. 16.5 - Attest voor belastingvermindering

Met het oog op de toekenning van de belastingvermindering voor kinderopvang overeenkomstig artikel 145/35 van het Wetboek van de inkomstenbelastingen en met het oog op de afgifte - door de Regering - van een daartoe bestemd attest voor de betrokken belastingplichtigen voldoen de dienstverrichters vermeld in het tweede lid, 3°, van hetzelfde artikel aan de volgende minimumeisen:

1° de dienstverrichter is gevestigd in het Duitse taalgebied;

2° de minimale duur van de opvang die door de dienstverrichter ter beschikking wordt gesteld, bedraagt drie opeenvolgende dagen en minstens vijf uur per dag;

3° de dienstverrichter stelt infrastructuur ter beschikking die aangepast is aan de behoeften van de kinderen en die de bewegingsvrijheid, de veiligheid en de hygiëne van de kinderen waarborgt;

4° de dienstverrichter stelt een ruimte voor kinderen tussen drie en vijf jaar ter beschikking;

5° de dienstverrichter stelt een EHBO-koffer ter beschikking in de onmiddellijke nabijheid van de opvangvoorziening;

6° de meerderjarige begeleiders die bij de dienstverrichter werkzaam zijn:

a) hebben geen vermelding in het strafregister overeenkomstig artikel 596, tweede lid, van het Wetboek van Strafvordering dat hen onder meer verbiedt om minderjarigen te begeleiden en bezorgen hun uittreksel uit het strafregister (model 2) aan de dienstverrichter;

b) beschikken over een pedagogische opleiding, een opleiding tot vrijwillige jeugdleider, een door de Regering gelijkgestelde opleiding of minstens vijf jaar praktische ervaring op pedagogisch gebied of op het gebied van kinderanimatorie.

De dienstverrichter dient bij de Regering de bewijzen in waarmee wordt aangetoond dat de minimumeisen vermeld in het eerste lid worden nageleefd.

De minimumeisen vermeld in het eerste lid gelden onverminderd andere bij decreet vastgelegde voorwaarden."

Art. 8. In artikel 27, eerste lid, van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen wordt het cijfer "6" vervangen door het cijfer "7".

Art. 9. Artikel 116, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Als de toepassing van artikel 28 zou leiden tot het bepalen van een andere bijslagtrekkende dan de persoon die de kinderbijslag voor december 2018 ontvangt, blijft laatstgenoemde persoon de bijslagtrekkende tot zich één van de volgende gebeurtenissen voordoet:

1° voor één van de kinderen voor wie de laatstgenoemde persoon kinderbijslag ontvangt, wordt geen kinderbijslag meer betaald;

2° aan de laatstgenoemde persoon wordt kinderbijslag betaald voor een ander kind;

3° de overeenkomstig artikel 28 bepaalde bijslagtrekkende dient een aanvraag in om de kinderbijslag te ontvangen."

Art. 10. Afdeling 2 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een artikel 117.1, luidende:

"Art. 117.1 - Overgangsbepaling

Voor de kinderen die na 31 december 2018 geboren worden, is het verschil tussen de geboortepremie vermeld in artikel 30 en het kraamgeld vermeld in artikel 73bis, § 1, derde lid, 1°, van de Algemene kinderbijslagwet van 19 december 1939 definitief verworven door de bijslagtrekkende, als hij het kraamgeld rechtmatig verkregen heeft krachtens artikel 73bis, § 2, van diezelfde Algemene kinderbijslagwet."

Art. 11. Het koninklijk besluit van 20 juli 2006 tot verhoging van de leeftijdstoelagen bedoeld in de artikelen 44 en 44bis van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders wordt opgeheven.

Afdeling 3. — Sociale aangelegenheden

Art. 12. Artikel 7, § 1, 8°, van het decreet van 5 mei 2014 tot erkenning en ondersteuning van sociale trefpunten wordt vervangen als volgt:

"8° ervoor zorgen dat de toegankelijkheid van het aanbod voor personen met een beperking gewaarborgd is op de benedenverdieping van het gebouw;"

Art. 13. In artikel 7, eerste lid, 2°, van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de komma-punt op het einde van de zin wordt vervangen door een punt;

2° artikel 7, eerste lid, 2°, wordt aangevuld met de volgende zin:

"Voor de uitvoering van de individuele behoefteanalyse wordt op zijn minst de BelRAI screener gebruikt."

Art. 14. Artikel 14 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een paragraaf 3, luidende:

“§ 3 - Onverminderd de paragrafen 1 en 2 kan de Regering de Dienst voor zelfbeschikkend leven ertoe machtigen om, onder de door de Regering gestelde voorwaarden en nadere regels, de wedden van het personeel van de erkende dienstverrichters uit te betalen.”

Art. 15. In artikel 16 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden tussen het woord “Dienst” en het woord “de” de woorden “met gebruik van de BelRAI screener” ingevoegd;

2° het tweede lid wordt vervangen als volgt:

“Onverminderd het eerste lid bepaalt de Regering welke evaluatieprocedure voor de toewijzing van de zorgcategorie moet worden gehanteerd.”

Art. 16. Artikel 39 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

“De Dienst creëert, valideert, beveiligd en verzorgt een databank van de personen die de taken vermeld in de artikelen 7 en 16 uitoefenen.”

Art. 17. In artikel 45, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 9° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2° artikel 45, eerste lid, wordt aangevuld met een bepaling onder 10°, luidende:

“10° volgende gegevens over de erkende dienstverrichters en hun personeelsleden:

- a) identiteitsgegevens van de personeelsleden van de respectieve dienstverrichter;
- b) gegevens over de beroepssituatie en beroepskwalificatie van de personeelsleden van de respectieve dienstverrichter.”

HOOFDSTUK 2. — CULTURELE AANGELEGENHEDEN

Afdeling 1. — Cultuur

Art. 18. In artikel 9, tweede lid, van het decreet van 7 mei 2007 over de bevordering van de musea en van de cultureel-erfgoedpublicaties, vervangen bij het decreet van 24 februari 2014, worden de woorden “31 maart” vervangen door de woorden “30 juni”.

Art. 19. In artikel 16 van het decreet van 18 november 2013 betreffende de ondersteuning van cultuur in de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het decreet van 26 februari 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 2 wordt vervangen als volgt:

“§ 2 - Aanvragers komen in aanmerking voor ondersteuning als cultuurorganisator als ze voldoen aan de voorwaarden vermeld in § 1, alsook aan de volgende kwantitatieve criteria:

a) voor categorie 10: op minstens 10 dagen per jaar culturele activiteiten in het Duitse taalgebied organiseren, waaraan op zijn minst 2.500 bezoekers deelnemen;

b) voor categorie 9: op minstens 14 dagen per jaar culturele activiteiten in het Duitse taalgebied organiseren, waaraan op zijn minst 3.250 bezoekers deelnemen;

c) voor categorie 8: op minstens 18 dagen per jaar culturele activiteiten in het Duitse taalgebied organiseren, waaraan op zijn minst 4.000 bezoekers deelnemen;

d) voor categorie 7: op minstens 22 dagen per jaar culturele activiteiten in het Duitse taalgebied organiseren, waaraan op zijn minst 5.000 bezoekers deelnemen;

e) voor categorie 6: op minstens 26 dagen per jaar culturele activiteiten in het Duitse taalgebied organiseren, waaraan op zijn minst 6.000 bezoekers deelnemen;

f) voor categorie 5: op minstens 30 dagen per jaar culturele activiteiten in het Duitse taalgebied organiseren, waaraan op zijn minst 8.000 bezoekers deelnemen;

g) voor categorie 4: op minstens 34 dagen per jaar culturele activiteiten in het Duitse taalgebied organiseren, waaraan op zijn minst 10.000 bezoekers deelnemen;

h) voor categorie 3: op minstens 38 dagen per jaar culturele activiteiten in het Duitse taalgebied organiseren, waaraan op zijn minst 11.666 bezoekers deelnemen;

i) voor categorie 2: op minstens 42 dagen per jaar culturele activiteiten in het Duitse taalgebied organiseren, waaraan op zijn minst 13.332 bezoekers deelnemen;

j) voor categorie 1: op minstens 46 dagen per jaar culturele activiteiten in het Duitse taalgebied organiseren, waaraan op zijn minst 15.000 bezoekers deelnemen.”

2° § 3, tweede lid, wordt vervangen als volgt:

“Voor verdere indelingen in categorieën die in latere ondersteuningsperiodes plaatsvinden, wordt bij de kwantitatieve indelingscriteria rekening gehouden met het gemiddelde van de laatste vijf kalenderjaren die aan het jaar van de aanvraag voorafgaan.”

3° § 3, derde lid, wordt vervangen als volgt: “Voor de berekening van de subsidie voor cultuurorganisatoren die voor het eerst ondersteuning krijgen of voor ondersteunde cultuurorganisatoren die nog geen vijf jaar lang ondersteund worden, wordt bij de kwantitatieve indelingscriteria rekening gehouden met het gemiddelde van de laatste drie kalenderjaren.”

Art. 20. In artikel 17 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 2 wordt vervangen als volgt:

“§ 2 - De jaarlijkse ondersteuning van cultuurorganisatoren bestaat uit een vaste basissubsidie:

a) 120.000 euro voor cultuurorganisatoren van categorie 10;

b) 140.000 euro voor cultuurorganisatoren van categorie 9;

c) 160.000 euro voor cultuurorganisatoren van categorie 8;

- d) 180.000 euro voor cultuurorganisatoren van categorie 7;
- e) 200.000 euro voor cultuurorganisatoren van categorie 6;
- f) 220.000 euro voor cultuurorganisatoren van categorie 5;
- g) 240.000 euro voor cultuurorganisatoren van categorie 4;
- h) 260.000 euro voor cultuurorganisatoren van categorie 3;
- i) 280.000 euro voor cultuurorganisatoren van categorie 2;
- j) 300.000 euro voor cultuurorganisatoren van categorie 1.

Een cultuurorganisator kan een jaarlijks modulair personeelsforfait voor cultureel werk krijgen ten belope van 21.250 euro per voltijds equivalent:

- a) voor cultuurorganisatoren van categorie 10: hoogstens 2,00 voltijdsequivalenten personeel;
- b) voor cultuurorganisatoren van categorie 9: hoogstens 3,00 voltijdsequivalenten personeel;
- c) voor cultuurorganisatoren van categorie 8: hoogstens 4,00 voltijdsequivalenten personeel;
- d) voor cultuurorganisatoren van categorie 7: hoogstens 4,80 voltijdsequivalenten personeel;
- e) voor cultuurorganisatoren van categorie 6: hoogstens 5,60 voltijdsequivalenten personeel;
- f) voor cultuurorganisatoren van categorie 5: hoogstens 6,40 voltijdsequivalenten personeel;
- g) voor cultuurorganisatoren van categorie 4: hoogstens 7,20 voltijdsequivalenten personeel;
- h) voor cultuurorganisatoren van categorie 3: hoogstens 8,00 voltijdsequivalenten personeel;
- i) voor cultuurorganisatoren van categorie 2: hoogstens 8,80 voltijdsequivalenten personeel;
- j) voor cultuurorganisatoren van categorie 1: hoogstens 9,60 voltijdsequivalenten personeel."

2° paragraaf 3, paragraaf 4 en paragraaf 5 worden opgeheven.

Art. 21. In artikel 18 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 26 februari 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 2 wordt vervangen als volgt:

"§ 2 - Aanvragers die actief zijn in de kunstdiscipline theater komen in aanmerking voor ondersteuning indien ze voldoen aan de voorwaarden vermeld in § 1, alsook aan de volgende kwantitatieve criteria:

- a) voor categorie 5: jaarlijks op zijn minst 30 culturele activiteiten organiseren;
- b) voor categorie 4: jaarlijks op zijn minst 45 culturele activiteiten organiseren;
- c) voor categorie 3: jaarlijks op zijn minst 60 culturele activiteiten organiseren;
- d) voor categorie 2: jaarlijks op zijn minst 90 culturele activiteiten organiseren;
- e) voor categorie 1: jaarlijks op zijn minst 120 culturele activiteiten organiseren."

2° paragraaf 3 wordt vervangen als volgt:

"§ 3 - Aanvragers die actief zijn in de kunstdiscipline dans komen in aanmerking voor ondersteuning indien ze voldoen aan de voorwaarden vermeld in § 1, alsook aan de volgende kwantitatieve criteria:

- a) voor categorie 5: jaarlijks op zijn minst 20 culturele activiteiten organiseren;
- b) voor categorie 4: jaarlijks op zijn minst 27,5 culturele activiteiten organiseren;
- c) voor categorie 3: jaarlijks op zijn minst 35 culturele activiteiten organiseren;
- d) voor categorie 2: jaarlijks op zijn minst 57,5 culturele activiteiten organiseren;
- e) voor categorie 1: jaarlijks op zijn minst 80 culturele activiteiten organiseren."

3° paragraaf 4 wordt vervangen als volgt:

"§ 4 - Aanvragers die actief zijn in de kunstdiscipline literatuur komen in aanmerking voor ondersteuning indien ze voldoen aan de voorwaarden vermeld in § 1, alsook aan de volgende kwantitatieve criteria:

- a) voor categorie 5: jaarlijks op zijn minst 10 culturele activiteiten organiseren;
- b) voor categorie 4: jaarlijks op zijn minst 15 culturele activiteiten organiseren;
- c) voor categorie 3: jaarlijks op zijn minst 20 culturele activiteiten organiseren;
- d) voor categorie 2: jaarlijks op zijn minst 25 culturele activiteiten organiseren;
- e) voor categorie 1: jaarlijks op zijn minst 30 culturele activiteiten organiseren."

4° paragraaf 5 wordt vervangen als volgt:

"§ 5 - Aanvragers die actief zijn in de kunstdiscipline muziek komen in aanmerking voor ondersteuning indien ze voldoen aan de voorwaarden vermeld in § 1, alsook aan de volgende kwantitatieve criteria:

- a) voor categorie 5: jaarlijks op zijn minst 30 culturele activiteiten organiseren;
- b) voor categorie 4: jaarlijks op zijn minst 45 culturele activiteiten organiseren;
- c) voor categorie 3: jaarlijks op zijn minst 60 culturele activiteiten organiseren;
- d) voor categorie 2: jaarlijks op zijn minst 90 culturele activiteiten organiseren;
- e) voor categorie 1: jaarlijks op zijn minst 120 culturele activiteiten organiseren."

5° § 6, tweede lid, wordt vervangen als volgt:

"Voor verdere indelingen in categorieën die in latere ondersteuningsperiodes plaatsvinden, wordt bij de kwantitatieve indelingscriteria rekening gehouden met het gemiddelde van de laatste vijf kalenderjaren die aan het jaar van de aanvraag voorafgaan."

6° § 6, derde lid, wordt vervangen als volgt: "Voor de berekening van de subsidie voor cultuurproducenten die voor het eerst ondersteuning krijgen of voor ondersteunde cultuurproducenten die nog geen vijf jaar lang ondersteund worden, wordt bij de kwantitatieve indelingscriteria rekening gehouden met het gemiddelde van de laatste drie kalenderjaren."

Art. 22. In artikel 19 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 2 wordt vervangen als volgt:

" § 2 - De jaarlijkse ondersteuning van de cultuurproducenten uit de kunstdiscipline theater bestaat uit een vast basisbedrag van:

- a) 150.000 euro voor cultuurproducenten van categorie 5;
- b) 202.500 euro voor cultuurproducenten van categorie 4;
- c) 255.000 euro voor cultuurproducenten van categorie 3;
- d) 307.500 euro voor cultuurproducenten van categorie 2;
- e) 360.000 euro voor cultuurproducenten van categorie 1."

2° paragraaf 3 wordt vervangen als volgt:

" § 3 - De jaarlijkse ondersteuning van de cultuurproducenten uit de kunstdiscipline dans bestaat uit een vast basisbedrag van:

- a) 100.000 euro voor cultuurproducenten van categorie 5;
- b) 135.000 euro voor cultuurproducenten van categorie 4;
- c) 170.000 euro voor cultuurproducenten van categorie 3;
- d) 205.000 euro voor cultuurproducenten van categorie 2;
- e) 240.000 euro voor cultuurproducenten van categorie 1."

3° paragraaf 4 wordt vervangen als volgt:

" § 4 - De jaarlijkse ondersteuning van de cultuurproducenten uit de kunstdiscipline literatuur bestaat uit een vast basisbedrag van:

- a) 50.000 euro voor cultuurproducenten van categorie 5;
- b) 62.500 euro voor cultuurproducenten van categorie 4;
- c) 75.000 euro voor cultuurproducenten van categorie 3;
- d) 87.500 euro voor cultuurproducenten van categorie 2;
- e) 100.000 euro voor cultuurproducenten van categorie 1."

4° paragraaf 5 wordt vervangen als volgt:

" § 5 - De jaarlijkse ondersteuning van de cultuurproducenten uit de kunstdiscipline muziek bestaat uit een vast basisbedrag van:

- a) 127.500 euro voor cultuurproducenten van categorie 5;
- b) 172.125 euro voor cultuurproducenten van categorie 4;
- c) 216.750 euro voor cultuurproducenten van categorie 3;
- d) 261.375 euro voor cultuurproducenten van categorie 2;
- e) 306.000 euro voor cultuurproducenten van categorie 1."

5° paragraaf 6 wordt vervangen als volgt:

" § 6 - Een cultuurproducent kan een jaarlijks modulair personeelsforfait voor cultureel werk krijgen ten belope van 21.250 euro per voltijds equivalent:

- a) voor cultuurproducenten van categorie 5: hoogstens 2,50 voltijdsequivalenten personeel;
- b) voor cultuurproducenten van categorie 4: hoogstens 4,00 voltijdsequivalenten personeel;
- c) voor cultuurproducenten van categorie 3: hoogstens 5,33 voltijdsequivalenten personeel;
- d) voor cultuurproducenten van categorie 2: hoogstens 6,66 voltijdsequivalenten personeel;
- e) voor cultuurproducenten van categorie 1: hoogstens 8,00 voltijdsequivalenten personeel."

6° paragraaf 7 en paragraaf 8 worden opgeheven.

Art. 23. In artikel 96 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 5, ingevoegd bij het decreet van 26 februari 2018, wordt opgeheven;

2° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 6, luidende:

" § 6 - In afwijking van artikel 54 publiceert de Regering de volgende oproep voor kandidaten die geïnteresseerd willen worden als amateurkunstvereniging in de kunstdiscipline dans vijf jaar na de dansclassificatie van 2015."

Afdeling 2. — Jeugd

Art. 24. In artikel 5, § 1, 13°, van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk worden de woorden "31 maart" vervangen door de woorden "30 juni".

Art. 25. In artikel 14, eerste lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 25 februari 2013 en 2 maart 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in artikel 14, eerste lid, wordt een bepaling onder 5.1 ingevoegd, luidende:

"5.1 een EHBO-koffer bevindt zich in de onmiddellijke nabijheid;"

2° in de bepaling onder 8° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

3° artikel 14, eerste lid, wordt aangevuld met de bepalingen onder 9° tot 11°, luidende:

"9° een infrastructuur gebruiken die aangepast is aan de behoeften van de kinderen en die de bewegingsvrijheid, de veiligheid en de hygiëne van de kinderen waarborgt;

10° in een rustruimte voor kinderen tussen drie en vijf jaar voorzien;

11° de meerderjarige begeleiders van de kinderen hebben geen vermelding in het strafregister overeenkomstig artikel 596, tweede lid, van het Wetboek van Strafvordering dat hen onder meer verbiedt om minderjarigen te begeleiden, wat gecontroleerd wordt aan de hand van hun uittreksel uit het strafregister (model 2)."

Art. 26. In artikel 40 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° tussen de eerste zin en de tweede zin, die de derde zin wordt, wordt een zin ingevoegd, luidende:

"Voor stagebegeleiders die een sociaal-pedagogische opleiding in het hoger onderwijs voltooid hebben, duur de opleiding 10 uur."

2° in de tweede zin, die de derde zin wordt, wordt het woord "hij" vervangen door de woorden "de stagebegeleider".

Afdeling 3. — Sport

Art. 27. In artikel 27 van het Sportdecreet van 19 april 2004, vervangen bij het decreet van 27 april 2009 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 22 februari 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 1, 3°, wordt vervangen als volgt:

"3° de plek waar het sportkamp plaatsvindt, het volgende ter beschikking stelt:

a) een infrastructuur die aangepast is aan de behoeften van de kinderen en die de bewegingsvrijheid, de veiligheid en de hygiëne van de kinderen waarborgt;

b) een rustruimte voor kinderen tussen drie en vijf jaar en

c) een EHBO-koffer in onmiddellijke nabijheid;"

2° § 1, 5°, wordt vervangen als volgt: "5° er buiten de begeleiders minstens tien personen respectievelijk - wanneer het om kinderen tussen drie en vier jaar oud gaat - minstens acht personen actief aan de openluchtklas deelnemen;"

3° § 1, 6°, wordt vervangen als volgt: "6° er per groep van minstens tien deelnemers respectievelijk - wanneer het om kinderen tussen drie en vier jaar oud gaat - per groep van minstens acht deelnemers een begeleider ter beschikking staat;

4° in § 1, 7°, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

5° paragraaf 1 wordt aangevuld met een bepaling onder 8°, luidende:

"8° de meerderjarige begeleiders geen vermelding in het strafregister overeenkomstig artikel 596, tweede lid, van het Wetboek van Strafvordering hebben dat hen onder meer verbiedt om minderjarigen te begeleiden en hun uittreksel uit het strafregister (model 2) aan de organisator van het sportkamp bezorgen."

6° paragraaf 2, 3°, gewijzigd bij het decreet van 6 december 2011, wordt vervangen als volgt:

"3° categorie C: oefenmeester recreatiesport niveau I, trainer C;"

7° paragraaf 2, 4°, wordt vervangen als volgt:

"4° categorie D: trainer D, houder van een erkend bewijs "vrijwillige jeugdleider" van de Duitstalige Gemeenschap."

8° in paragraaf 5, tweede lid, 4°, worden de woorden "6 euro" vervangen door de woorden "7,5 euro".

Art. 28. Artikel 2, 9°, van het decreet van 20 november 2006 over het statuut van de sportschutters wordt vervangen als volgt:

"9° ISSF-discipline of IBU-discipline: elke discipline die door de International Shooting Sport Federation of door de International Biathlon Union aangeboden wordt;"

Art. 29. In artikel 6, § 2, van hetzelfde decreet worden de woorden "olympische schietdiscipline" vervangen door de woorden "ISSF-discipline of IBU-discipline".

Art. 30. In artikel 9, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt de eerste zin aangevuld met de woorden "voor een maximale duur van vijf jaar".

Afdeling 4. — Volwassenenonderwijs

Art. 31. In artikel 1 van het decreet van 17 november 2008 ter ondersteuning van de instellingen voor volwassenenonderwijs worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 1° worden de woorden "sleutelbevoegdheden: competenties die alle mensen" vervangen door de woorden "sleutelcompetenties: competenties van het Europees Referentiekader voor levenslang leren die alle mensen";

2° in de bepaling onder 2° worden de woorden "aanbod aan voortgezette opleidingen: inhoudscoherente leeractiviteiten die betrekking hebben tot één of meerdere sleutelbevoegdheden." vervangen door de woorden "opleidingseenheid: inhoudscoherente leeractiviteiten met inhoudsgericht leerdoel voor één of meer sleutelcompetenties die door de instelling voor volwassenenonderwijs gepland, gepromoot, uitgevoerd en gefinancierd worden."

3° in de bepaling onder 5° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een kommapunt;

4° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende:

"6° het noorden van het Duitse taalgebied: de gemeenten Eupen, Kelmis, Lontzen en Raeren;"

5° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 7°, luidende:

"7° het zuiden van de Duitse taalgebied: de gemeenten Amel, Büllingen, Burg-Reuland, Bütgenbach en Sankt Vith."

Art. 32. In artikel 2 van hetzelfde decreet wordt het woord "sleutelbevoegdheden" telkens vervangen door het woord "sleutelcompetenties"; in artikel 2, tweede lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "een aanbod aan voortgezette opleidingen" vervangen door het woord "opleidingseenheden" en in artikel 2, derde lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "verscheidenheid van het aanbod" vervangen door de woorden "verscheidenheid aan opleidingseenheden".

Art. 33. In artikel 3, derde lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "haar aanbod aan voortgezette opleiding" vervangen door de woorden "haar opleidingseenheden".

Art. 34. Artikel 5 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 5 - Samenwerking

Met het oog op de coördinatie van het hele vormingsaanbod werken de instellingen voor volwassenenonderwijs met elkaar samen binnen de Raad voor Volwassenenvorming en werken ze samen met andere instellingen voor voortgezette opleidingen."

Art. 35. In artikel 7 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, 1°, worden de woorden "aanbod aan voortgezette opleidingen" vervangen door het woord "opleidingseenheden";

2° het eerste lid, 3°, gewijzigd bij het decreet van 25 februari 2013, wordt vervangen als volgt:

"3° binnen twee kalenderjaren ten minste 208 opleidingseenheden voor de burgers organiseert, waarvan ten minste 160 eenheden voor volwassenen bestemd zijn en waarvan ten minste 40 eenheden in het noorden en 40 eenheden in het zuiden van het Duitse taalgebied plaatsvinden;"

3° in het eerste lid, 5°, worden de woorden "en die een financiële controle mogelijk maakt" vervangen door de woorden ", die de activiteiten inzake volwassenenvorming alsook de andere activiteiten van de instelling analytisch weergeeft en die een financiële controle mogelijk maakt";

4° in het tweede lid worden de woorden "op ten minste 80 dagen voortgezette opleidingen aanbieden" vervangen door de woorden "ten minste 80 opleidingseenheden organiseren die voor volwassenen bestemd zijn en waarvan ten minste 15 eenheden in het noorden en 15 eenheden in het zuiden van het Duitse taalgebied plaatsvinden";

5° het derde lid wordt opgeheven.

Art. 36. Artikel 8, § 5, derde lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 februari 2013, wordt opgeheven.

Art. 37. In artikel 10 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 februari 2013, worden het eerste en het tweede lid vervangen door een eerste lid, tweede lid en derde lid, luidende:

"Als een instelling voor volwassenenonderwijs aan de bepalingen van dit decreet voldoet, ontvangt ze een jaarlijkse forfaitaire toelage.

Voor instellingen voor volwassenenonderwijs die tot dusver nog niet ondersteund werden, bedraagt de toelage in de eerste twee ondersteuningsjaren maximaal 100 % van alle ontvangsten. De jaarlijkse forfaitaire toelage wordt berekend op basis van de laatste resultatenrekening die de instelling voor volwassenenonderwijs heeft voorgelegd.

In alle gevallen is de toelage beperkt tot 65.000 euro. Ze wordt in twaalfden uitbetaald."

Art. 38. In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, wordt een artikel 10.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 10.1 - Toezending van inlichtingen

De instellingen voor volwassenenonderwijs zenden de volgende inlichtingen toe aan de Regering:

1° een overzicht van hun geplande opleidingseenheden;

2° een overzicht van de opleidingseenheden die overeenkomstig artikel 7 werden georganiseerd.

De Regering legt de nadere regels vast."

Art. 39. In artikel 11 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, 1°, *b)*, worden de woorden "globale kosten" vervangen door de woorden "jaarlijkse totale kosten";

2° het eerste lid, 1°, wordt aangevuld met een bepaling onder *d)*, luidende:

"d) kosten meebrengen die nog niet gefinancierd worden door toelagen die uit dit decreet voortvloeien."

3° in het eerste lid, 4°, ingevoegd bij het decreet van 2 maart 2015, wordt de punt op het einde van de zin door een puntkomma vervangen;

4° het eerste lid, gewijzigd bij het decreet van 2 maart 2015, wordt aangevuld met een bepaling onder 5°, luidende:

"5° toelagen voor de structurele ondersteuning van omgevormde Geco-banen. De Regering sluit een overeenkomst met de instelling die er recht op heeft."

5° het tweede lid wordt vervangen door een tweede tot vierde lid, luidende:

"De bijkomende toelage in de zin van het eerste lid, 1°, kan hoogstens voor de periode van het goedgekeurd globaal concept toegekend worden. In afwijking daarvan is de looptijd van de cofinanciering van een Europees project gebonden aan de looptijd van dat project.

Voor bijkomende toelagen in de zin van het eerste lid, 1°, kan een voorschot toegekend worden ten belope van hoogstens 80 % van de jaarlijkse toelage.

Projecten in de zin van het eerste lid, 1°, worden na een impulsfinanciering geëvalueerd. De Regering bepaalt de vorm en het voorwerp van de evaluatie. De positieve evaluatie is een essentiële voorwaarde voor een nieuwe subsidiëring."

Art. 40. Artikel 18 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 13 februari 2012, wordt opgeheven.

Art. 41. Artikel 18.1 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 25 februari 2013 en gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, wordt opgeheven.

HOOFDSTUK 3. — MONUMENTENZORG

Art. 42. Artikel 17 van het decreet van 23 juni 2008 betreffende de bescherming van monumenten, klein erfgoed, ensembles en landschappen en betreffende de opgravingen wordt aangevuld met de volgende zin:

"In die lijst worden de goederen gekenmerkt die in strijd zijn met de instandhoudingsplicht bedoeld in artikel 10 en op basis van een verslag over de staat van het goed overeenkomstig artikel 10.3 als bijzonder bedreigd worden beschouwd."

Art. 43. Artikel 53 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 26 februari 2018, wordt aangevuld met een paragraaf 3, luidende:

"§ 3 - In afwijking van artikel 37 hebben de leden van de op 11 september 2014 geïnstalleerde commissie een mandaat van zes jaar."

HOOFDSTUK 4. — WERKGELEGENHEID

Art. 44. Artikel 51 van het programmadecreet van 29 juni 1998 wordt opgeheven.

Art. 45. Het besluit van de Regering van 2 juli 1998 tot uitvoering van het programmadecreet 1998 wat de begeleiding en de beroepsopleiding in het kader van het doorstromingsprogramma betreft, wordt opgeheven.

Art. 46. In artikel 6, eerste lid, van het decreet van 26 juni 2000 houdende oprichting van een Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 5° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2° artikel 6, eerste lid, wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende:

"6° de regels i.v.m. de manier waarop de overeenkomstig artikel 12.1, § 1, tweede lid, toegewezen subsidie onder de daarin afzonderlijk vermelde organisaties concreet wordt opgesplitst."

Art. 47. In hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 3 mei 2004, 27 april 2009 en 16 januari 2012, wordt een artikel 12.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 12.1 - § 1 - Onverminderd de artikelen 9 en 12 kent de Regering een jaarlijkse subsidie van 200.000 euro toe aan de Raad.

De Raad wijst die subsidie toe als volgt:

1° de ene helft ten gunste van de in artikel 4, § 1, eerste lid, 2°, vermelde interprofessionele werkgeversorganisaties die vertegenwoordigd zijn in de Raad;

2° de andere helft ten gunste van de in artikel 4, § 1, eerste lid, 3°, vermelde representatieve werknemersorganisaties die vertegenwoordigd zijn in de Raad.

De subsidie vermeld in het eerste lid wordt aan de organisaties vermeld in het tweede lid toegekend voor de uitoefening van hun taken binnen of buiten de Raad. De organisaties benutten hun respectieve aandeel in die subsidie voor kosten inzake personeel, werking, diensten of infrastructuur. De organisaties maken jaarlijks een verslag op over de benutting van hun aandeel in die subsidie en bezorgen dat verslag aan de Regering.

§ 2 - De subsidie vermeld in paragraaf 1 is gekoppeld aan de schommelingen van het indexcijfer vermeld in het koninklijk besluit van 24 december 1993 ter uitvoering van de wet van 6 januari 1989 tot vrijwaring van 's lands concurrentievermogen. Op 1 januari 2019 is spilindex 138,01 van toepassing."

HOOFDSTUK 5. — LOKALE BESTUREN

Art. 48. Artikel 20, eerste lid, van het decreet van 14 februari 2011 op de begraafplaatsen en de lijkbezorging wordt aangevuld met de volgende zin:

"Hij mag die pas toekennen, nadat hij zich aan de hand van een overlijdensattest van het overlijden vergewist heeft en eerst 24 uren na het overlijden, behalve in de door politieverordeningen bepaalde gevallen."

Art. 49. In hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 22 februari 2016, wordt een artikel 20.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 20.1 - Zijn er tekens of aanwijzingen van een gewelddadige dood of andere omstandigheden die zulks laten vermoeden, dan mag de begraafing eerst geschieden nadat een officier van politie, bijgestaan door een doctor in de geneeskunde of de heelkunde, een proces-verbaal heeft opgemaakt van de staat van het lijk en van de daarop betrekking hebbende omstandigheden, alsook van de inlichtingen die hij heeft kunnen inwinnen omtrent de voornamen, de naam, de leeftijd, het beroep, de geboorteplaats en de woonplaats van de overledene."

Art. 50. In artikel 25, § 2, vierde lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "het in artikel 77 of in artikel 81 van het Burgerlijk Wetboek bedoelde attest" vervangen door de woorden "het in artikel 20 vermelde attest of het in artikel 20.1 vermelde proces-verbaal".

Art. 51. In artikel 28, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "artikel 81 van het Burgerlijk Wetboek" vervangen door de woorden "artikel 20.1".

Art. 52. Artikel L4146-5 van het Wetboek van de plaatselijke democratie en decentralisatie, gewijzigd bij het decreet van 21 november 2016, wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

"De leden van de bezwarencommissie hebben recht op presentiegeld en reisvergoedingen overeenkomstig de door de Regering vastgelegde bepalingen."

HOOFDSTUK 6. — *INFRASTRUCTUUR*

Art. 53. In artikel 39 van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 2, eerste lid, vervangen bij het decreet van 23 juni 2008, wordt opgeheven;

2° paragraaf 3, vervangen bij het decreet van 2 maart 2015, wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

“De afwijkingen vermeld in het eerste lid, 1° en 2°, en in de artikelen 10 en 24bis gelden niet voor werkzaamheden die betrekking hebben op een definitief gerangschikt goed dat opgenomen is op een door de Regering vastgestelde lijst van bijzonder bedreigde monumenten.”

HOOFDSTUK 7. — *BEGROTING EN FINANCIËN*

Art. 54. In artikel 103, tweede lid, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de punt op het einde van de zin wordt vervangen door een komma;

2° artikel 103, tweede lid, wordt aangevuld met een streepje, luidende:

“- onder 20 euro voor de ondersteuning van voortgezette opleidingen.”

Art. 55. In titel III van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 26 februari 2018, wordt een artikel 105.2, ingevoegd, luidende:

“Art. 105.2 - Wetgeving inzake overheidsopdrachten

Als de ontvanger van subsidies die op grond van decreten, beheerscontracten of overeenkomsten structureel of projectgebonden worden uitbetaald, onder de wetgeving inzake overheidsopdrachten valt, kan de Regering die subsidies geheel of gedeeltelijk terugvorderen als de subsidieontvanger bij de gunning van de gesubsidieerde opdrachten voor werken, leveringen of diensten de voormelde wetgeving schendt.”

HOOFDSTUK 8. — *SLOTBEPALINGEN*

Art. 56. Dit decreet treedt in werking de dag waarop het wordt bekendgemaakt, met uitzondering van:

1° artikel 54, dat uitwerking heeft met ingang van 1 januari 2018;

2° artikel 43, dat uitwerking heeft met ingang van 1 september 2018;

3° artikel 52, dat uitwerking heeft met ingang van 15 oktober 2018;

4° de artikelen 2, 3, 5, 8, 9, 10, 11, 18, artikel 19, 2° en 3°, artikel 21, 5° en 6°, de artikelen 24, 26, 27, 30, 31, 32, 33, 34, artikel 35, 1°, 3°, 4° en 5°, en de artikelen 36, 37, 38, 39, 40, 41, 46, 47, die in werking treden op 1 januari 2019;

5° artikel 7, artikel 19, 1°, artikel 20, artikel 21, 1°, 2°, 3° en 4°, artikel 22, artikel 23, 1°, artikel 25 en artikel 35, 2°, die in werking treden op 1 januari 2020.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 11 december 2018.

O. PAASCH

De Minister-President

I. WEYKMANS

De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme

A. ANTONIADIS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

H. MOLLERS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Zitting 2018-2019

Parlementaire stukken: 258 (2018-2019) Nr. 1 Voorstel van decreet +Erratum

258 (2018-2019) Nr. 2 -4 Voorstellen tot wijziging

258 (2018-2019) Nr. 5 Verslag

Integraal verslag: 11 december 2018 - Nr. 59 Bespreking en aanneming

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2018/206221]

20. NOVEMBER 2018 — Ministerieller Erlass zur Abänderung des Ministeriellen Erlasses vom 30. Juli 2015 zur Ausführung des Erlasses der Regierung vom 23. April 2015 zur Regelung der Spesenerstattung in gewissen Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft

DER MINISTERPRÄSIDENT,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 87 § 3 Absatz 1, abgeändert durch die Sondergesetze vom 8. August 1988 und 6. Januar 2014;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 54 Absatz 1, abgeändert durch das Gesetz vom 18. Juli 1990;

Aufgrund des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 102 § 1 Absatz 1;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 30. Juni 2014 zur Verteilung der Zuständigkeiten unter die Minister;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 30. Juni 2014 zur Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an die Minister;